

**263/KOMM XXIV. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll der 46. Sitzung vom 26. September 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

#### **PROTOKOLL**

#### **Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

#### **46. Sitzung / öffentlicher Teil**

**vom 26. September 2012**

**Gesamtdauer der Sitzung:**

**10.13 Uhr – 17.43 Uhr**

Wien, 2012 09 26

**Dipl.-Ing. Gerhard Deimek**

Schriftführer

**Dr. Walter Rosenkranz**

Vorsitzender



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

zur

**Klärung von Korruptionsvorwürfen**



## **Protokoll**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

**46. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Mittwoch, 26. September 2012**

Gesamtdauer der 46. Sitzung  
10.13 Uhr – 17.43 Uhr

**Lokal VI**

## **Auskunftsperson**

*(46. Sitzung; Mittwoch, 26. September 2012)*

<b>Thomas LANDGRAF</b>
------------------------

<b>3</b>
----------

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beginnen um 10.13 Uhr und finden bis 11.05 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt. – Sitzungsunterbrechung: 11.05 Uhr bis 14.40 Uhr. – Fortsetzung nichtöffentlich: 14.40 Uhr bis 14.44 Uhr (gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil**).

\*\*\*\*\*

14.45

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz** leitet – um 14.45 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die Auskunftsperson sowie die Medienvertreter in den Sitzungssaal zu bitten.

14.46

### **Auskunftsperson Thomas Landgraf**

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Wir kommen nun zur **Befragung** von Herrn **Thomas Landgraf** als Auskunftsperson.

Da heute die erste medienöffentliche Sitzung seit der „Sommerpause“ stattfindet, darf ich die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte, lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales; Handy müssen abgeschaltet sein!

\*\*\*\*\*

Herr Landgraf, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Thomas Landgraf**. – Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir hier vor, sind allerdings nicht öffentlich und werden nicht verlesen. Herr Landgraf, Sie waren öffentlich Bediensteter. Als öffentlich Bediensteter dürfen Sie sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt; allenfalls Ihre seinerzeitige Dienstbehörde. Ihre Dienstbehörde hat **keine** Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Herr Landgraf! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen.

Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Herr Landgraf, Sie haben eine **Vertrauensperson** mitgenommen. Der Name Ihrer Vertrauensperson lautet **Dr. Mathias Preuschl**. Die weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Mathias Preuschl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, § 14 Abs. 2 lit. a, b der Verfahrensordnung für den Untersuchungsausschuss. – Das ist nicht der Fall.

\*\*\*\*\*

Wir können an sich jetzt mit der Befragung der Auskunftsperson Thomas Landgraf beginnen.

Vom Ablauf, vom Befragungsrund her beginnt die Österreichische Volkspartei mit der Befragung. Es sind jeweils 7 Minuten Fragezeit für die erste Runde vereinbart. Ich werde das auch entsprechend stoppen lassen. Für die Österreichische Volkspartei beginnt mit der Befragung Kollege Amon. – Bitte.

Zur Geschäftsordnung noch Herr Kollege Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Es wäre der Auskunftsperson noch das Recht zu einer einleitenden Darstellung einzuräumen.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Ja, das ist richtig. Die Auskunftsperson hat die Möglichkeit, zu den ganzen Vorkommnissen, von denen sie glaubt, dass sie für diesen Untersuchungsausschuss relevant sind, eine einleitende Stellungnahme abzugeben, die 10 Minuten nicht übersteigen soll. Haben Sie dieses Ansinnen? – Nein.

Dann bleibt es dabei: Erster Fragesteller Herr Kollege Amon. – Bitte.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Herr Landgraf, danke, dass Sie uns heute als Auskunftsperson zur Verfügung stehen!

Ich würde Sie bitten, können Sie einleitend Ihre Aufgaben im Kabinett des damaligen Bundesministers Werner Faymann schildern und uns exakt sagen, von wann bis wann Sie im Kabinett des Herrn Bundesministers Faymann tätig waren.

**Auskunftsperson Thomas Landgraf:** Mit der Angelobung der Bundesregierung – ich glaube, das war am 11.1.2007, Kabinett Gusenbauer – bin ich von der Stadt Wien, wo ich vorher gearbeitet habe, mit Werner Faymann ins Infrastrukturministerium gewechselt und habe dort bis zum, ich glaube, 31. August 2007, also desselben Jahres, gearbeitet, wobei ich, glaube ich, ungefähr eineinhalb Wochen vorher meinen Resturlaub konsumiert habe.

Meine Tätigkeiten: Ich war grundsätzlich Medien- und Pressesprecher des Infrastrukturministeriums. Das ist einmal eine relativ klare Sache, dass ich Anfragen von Medien bekommen habe und dass ich dann, auch in Absprache mit Minister, mit Kabinettschef, mit allfälligen Fachreferenten, mit Kommunikationsbeauftragten aus dem dem BMVIT zugeordneten Unternehmen, diese Mitteilungen an die Presse weitergegeben habe.

Ich habe diverse Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Themen verfasst. Ich habe logischerweise schon im Vorfeld inhaltliche Positionen mit Kabinettsmitarbeitern und mit dem Herrn Bundesminister abgestimmt, habe sonstige Texte verfasst und habe intern auch die Koordination mit dem Staatssekretariat, mit der Kommunikationsabteilung des Staatssekretariats gehabt und habe außerdem die Koordination der Kommunikation mit Unternehmen und den Dienststellen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gehabt.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** In Ihrer Aufzählung, was Ihre Aufgaben und Kompetenzen betrifft, kommen Medienkooperationen nicht vor.

Hatten Sie die Kompetenz, Medienkooperationen abzuschließen, einzugehen?

**Thomas Landgraf:** Nein, abschließen konnte ich nicht, weil ich kein Pouvoir hatte, Medienkooperationen abzuschließen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Welche Mitarbeiter gab es noch im Kabinett, die sich mit Presse- und Medienarbeit beschäftigt haben?

**Thomas Landgraf:** Es hat die Klaudia Niedermühlbichler gegeben, die sich mit Presse- und Medienarbeit beschäftigt hat, es hat dann später die Angelika Feigl gegeben und nach meiner Zeit den Herrn Kotlowski, Marcin Kotlowski.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Und wer war zuständig, Medienkooperationen abzuschließen? Wer konnte das?

**Thomas Landgraf:** Niemand von uns war zuständig, Medienkooperationen abzuschließen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das war nicht die Frage, wer nicht zuständig ist, sondern die Frage war, wer **zuständig** war, um Medienkooperationen abzuschließen.

**Thomas Landgraf:** Dafür, Medienkooperationen abzuschließen, waren die jeweiligen Dienststellen zuständig oder die Unternehmungen, die dem BMVIT unterstanden sind. Also zum Beispiel ÖBB war zuständig, Medienkooperationen abzuschließen, ASFINAG war zuständig, Medienkooperationen abzuschließen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Na, aber wohl eigenständig.

Gab es keinerlei Medienkooperationen, die das Ministerium abgeschlossen hat?

**Thomas Landgraf:** Abgeschlossen nicht, initiiert ja.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Bitte? Wie war das jetzt?

**Thomas Landgraf:** Abgeschlossen nicht, initiiert ja.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Können Sie einen solchen Vorgang schildern? Wie muss man sich das vorstellen? Wie läuft so eine Medienkooperation ab?

**Thomas Landgraf:** Na ja, man muss sich das so vorstellen – also ich vergleiche das BMVIT gerne zum Beispiel mit dem Rewe-Konzern –: Das BMVIT ist ein Ministerium, zu dem zahlreiche Unternehmen gehören, wie zum Beispiel die ÖBB, die ASFINAG, die Austro Control, die IT, die AWS, die FFG, via Donau zum Beispiel, und eben auch die eigenen Sektionen und Dienststellen. Bei Rewe ist es so, dass, das wissen wir ja, BIPA, BILLA, Merkur, ADEG, Penny dazugehören. Und daher war es natürlich auch durchaus Usus, dass Medien direkt an uns herangetreten sind, um Vorschläge für Kooperationen zu machen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich teile Ihre Auffassung zwar nicht, die den Vergleich zulässt, denn das eine ist ein völlig privatwirtschaftliches Unternehmen, und ein Ministerium hantiert ja wohl mit Steuergeldern. Also es gibt schon einen erheblichen Unterschied. Daher kontrolliert ja auch das Parlament, sonst würde das Parlament nicht kontrollieren.

**Thomas Landgraf:** Ja, mir ist es nur um die Struktur gegangen, und ich wollte beantworten, warum Medienkooperationen auch an uns ergangen sind. Also auch der Herr Hensel von REWE wird Vorschläge bekommen, zum Beispiel für Kooperationen, die mit BILLA beabsichtigt sind; nehme ich einmal an.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Darf ich Sie einleitend noch fragen: Wurden Sie von der Staatsanwaltschaft einvernommen?

**Thomas Landgraf:** Wurde ich, ja.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Und wo arbeiten Sie derzeit?

**Thomas Landgraf:** Ich arbeite bei der Wiener Bezirksblatt GmbH.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Erinnern Sie sich an die Reportage der „Kronen Zeitung“ „Unsere Bahn“? (*Thomas Landgraf: Ja!*) – Können Sie diese Erinnerungen ein wenig darstellen? Wie sieht Ihre Erinnerung im Zusammenhang mit dieser Kooperation aus? Woran erinnern Sie sich?

**Thomas Landgraf:** Ich erinnere mich, dass ... Also ich meine, erstens einmal war es ja jetzt überall in den Medien, insofern wurde die Erinnerung, die doch schon eine Zeit her ist, dadurch durchaus aufgefrischt. Ich erinnere mich an eine Kooperation, wo es darum gegangen ist, dass Bahnkunden Missstände aufzeigen und die ÖBB in Kooperation mit dem Bundesminister versucht, diese Missstände zu beseitigen. Das war ...

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Sie haben jetzt darauf hingewiesen, dass Sie das aufgrund der aktuellen medialen Berichterstattung wissen.

Können Sie sich erinnern, wann Sie zum ersten Mal von dieser Kooperation erfahren haben? Immerhin waren Sie Pressesprecher.

**Thomas Landgraf:** Also ich kann es nicht auf den Tag genau sagen. Es wird wohl so um die Zeit gewesen sein, als das das erste Mal erschienen ist. Aber ich kann es wirklich jetzt nicht genau sagen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wissen Sie noch, wie Sie davon erfahren haben? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Wissen Sie noch, wer Sie informiert hat? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Wissen Sie, wer die Kooperation abgeschlossen hat? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Wer hätte sie abschließen müssen?

**Thomas Landgraf:** Diese Kooperation?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wer wäre zuständig gewesen?

**Thomas Landgraf:** Diese Kooperation? Wohl die ÖBB.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Und im Ministerium?

**Thomas Landgraf:** Im Ministerium? (*Abg. Amon: Ja!*) – Nicht ich.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wieder: Das war nicht die Frage, sondern: Wer wäre zuständig gewesen, sie abzuschließen?

**Thomas Landgraf:** Ehrlich gesagt, das ist spekulativ, weil ich mir nicht Gedanken darüber gemacht habe, wer eine solche Kooperation abschließen hätte sollen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Gibt es viele Personen, die die Kompetenz und die Berechtigung gehabt hätten, eine solche Kooperation abzuschließen?

**Thomas Landgraf:** Ich nehme einmal an, das wird wahrscheinlich über die Sektionen laufen müssen. Aber ich bin da wirklich nicht so firm, dass ich jetzt sagen könnte, der oder der hätte es machen müssen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber Sie waren doch Pressesprecher, und da denke ich mir, es wird doch vorgekommen sein, dass mögliche Interessenten an Inseraten, an Kooperationen und dergleichen an Sie herangetreten sind und gesagt haben: Gehen S´, können wir da nicht eine klasse Geschichte machen?

**Thomas Landgraf:** Ich habe diese Dinge dann weitergeleitet an die Zuständigen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wer sind die Zuständigen?

**Thomas Landgraf:** Im Fall der „Kronen Zeitung“-Geschichte weiß ich nicht, wer im Ministerium zuständig hätte sein können. Das weiß ich nicht. Im Fall zum Beispiel einer Forschungskoooperation gab es eine Zuständige für die Öffentlichkeitsarbeit für Forschung im Ministerium. Der habe ich das weitergegeben.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber die ÖBB ist ja nicht so ein unbedeutendes Unternehmen, dass Ihnen völlig entgangen ist, wer der Zuständige oder die Zuständige gewesen wären.

**Thomas Landgraf:** Ich weiß schon, wer der Zuständige für mich in der ÖBB war, das war der Herr Sattlberger.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Nein, nicht in der ÖBB, sondern im Ministerium interessiert es mich.

**Thomas Landgraf:** Im Ministerium kam es auf das Thema an. (*Abg. Amon: Bitte?*) – Es kommt auf das Thema an.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Die ÖBB, diese Kooperation „Unsere Bahn“.

**Thomas Landgraf:** Warum sollte es im Ministerium ... Ich verstehe diese Frage, ehrlich gesagt, nicht. Es gibt eine Zuständigkeit, die liegt bei den ÖBB.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich folge Ihren Antworten, Herr Landgraf. Sie haben gesagt, wenn jemand ein Interesse an einer solchen Kooperation gehabt hätte, dann hätten Sie das an die zuständige Person im Ministerium weitergeleitet. Und ich frage Sie jetzt: Wer wäre für eine solche Kooperation die zuständige Person, wenn nicht Sie, gewesen?

**Thomas Landgraf:** Das kann ich nicht beantworten, weil ich mit dem Abschluss dieser „Kronen Zeitung“-Kooperation nichts zu tun hatte. Wie soll ich das beantworten können?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich frage Sie ja nur, wer zuständig gewesen wäre. Ich sage ja nicht, dass Sie das weitergeleitet haben. Aber Sie haben gemeint, Sie würden, wenn an Sie eine derartige Frage herangetragen würde, das an die zuständige Person weiterleiten. Und ich frage Sie: Wer wäre die zuständige Person gewesen?

**Thomas Landgraf:** Wenn es um die ÖBB gegangen ist? (*Abg. Amon: Genau!*) – Der Herr Sattlberger.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** In den ÖBB?



**Thomas Landgraf:** Für mich der Herr Sattlberger. Nachdem ich mit den Kommunikationsabteilungen Kontakt hatte: Der Herr Sattlberger bei den ÖBB und – da wird sicher auch noch die Frage kommen – der Herr Zimmermann bei der ASFINAG.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Und das hätten Sie mit keiner anderen Person im Ministerium rückgesprochen?

**Thomas Landgraf:** Die Weiterleitung? (*Abg. Amon: Ja!*) – Ich habe manchmal Dinge rückgesprochen, manchmal nicht rückgesprochen, das weiterzuleiten.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wer war im Haus zuständig für die ÖBB?

**Thomas Landgraf:** In unserem Kabinett Franz Hammerschmid, glaube ich. Wie der Sektionschef damals geheißen hat, das ist mir jetzt nicht mehr erinnerlich.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Hätten Sie dem Herrn Hammerschmid mitgeteilt, die ÖBB möchte da eine große Kooperation, oder die „Kronen Zeitung“ möchte da eine große Kooperation mit der ÖBB eingehen? Hätten Sie informiert oder hätten Sie nicht informiert?

**Thomas Landgraf:** Ich habe mit dem Abschluss dieser „Unsere Bahn“-Geschichte nichts zu tun gehabt. Ich kann dazu nichts sagen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Sie haben auch keinerlei Wahrnehmungen, wer im Kabinett oder im Ministerium sonst diese Kooperation bearbeitet haben könnte?

**Thomas Landgraf:** Ich habe diese Kooperation insofern bearbeitet, dass ich, wie ich schon bei der Staatsanwaltschaft gesagt habe, zum größten Teil in der Zeit, wo ich dort war, die Kommentare verfasst habe.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Von wem haben Sie dazu den Auftrag bekommen?

**Thomas Landgraf:** Den Auftrag, die Kommentare zu verfassen? (*Abg. Amon: Ja!*) – Vom Herrn Bundesminister und vom Herrn Kabinettschef.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wissen Sie, wer für die Kosten dieser Doppelseiten aufgekommen ist?

**Thomas Landgraf:** Nein, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Haben Sie Wahrnehmungen, ob von Seiten des Ministeriums für diese Doppelseiten bezahlt wurde? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Haben Sie Wahrnehmungen, ob von Seiten der ÖBB für diese Doppelseiten bezahlt worden ist? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Sie werden eingeladen, da Kommentare zu schreiben, hatten den Auftrag des Bundesministers, Kommentare zu schreiben. Mussten Sie annehmen, dass das ein Inserat des Ministeriums ist, oder sind Sie davon ausgegangen, dass das ein Inserat eine Kooperation der ÖBB ist?

**Thomas Landgraf:** Ich bin davon ausgegangen, dass es eine Kooperation von ÖBB und BMVIT sein wird.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Mit der „Kronen Zeitung“?

**Thomas Landgraf:** Mit der „Kronen Zeitung“.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber Sie haben keine Wahrnehmungen über Kostenteilung? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Über Zuständigkeiten? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Über irgendjemanden, der einen Auftrag erteilt hat oder nicht erteilt hat? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Ich verstehe.

Mit wem in den ÖBB haben Sie die Kommentare abgesprochen? Haben Sie das mit jemandem abgesprochen – oder ausschließlich mit dem Herrn Bundesminister?

**Thomas Landgraf:** Es kann sicher gelegentlich vorgekommen sein, dass ich mit verschiedenen Personen aus den ÖBB wegen der fachlichen Beantwortung der Fragen Rücksprache gehalten habe.

Dass man sagt, es gibt jetzt eine einheitliche Ansprechperson für diese Geschichte und für die Kommentare, könnte ich so nicht beantworten, nachdem es verschiedene Themenbereiche waren.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Also es hat Rücksprachen gegeben? Auch zu anderen Personen als zum Herrn Sattlberger, haben Sie gesagt?

**Thomas Landgraf:** Ja, es war dann oft halt inhaltlich. Es ist oft um die Frage gegangen ... – Ich wusste natürlich zum Beispiel nicht, wie viele Waggons sind jetzt alt, wie viele neu, wie schaut das genau aus. Zu solchen sachlichen Frage habe ich natürlich Rücksprache gehalten. (*Abg. Amon: Mit wem?*) – Mit verschiedenen Personen aus der ÖBB. Aber verzeihen Sie mir, dass ich heute, mehr als fünf Jahre später, nicht mehr genau sagen kann, wer das war.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Haben Sie an irgendjemanden noch eine Erinnerung, mit dem Sie, außer dem Herrn Sattlberger, gesprochen haben?

**Thomas Landgraf:** Ich habe sicher mit dem Herrn Pippan gesprochen. Sicher.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Über inhaltliche Fragen?

**Thomas Landgraf:** Über inhaltliche Fragen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich habe in der ersten Runde keine weiteren Fragen. Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Frage Nummer eins, weil das für mich schwer nachvollziehbar ist, ich aber auch nur Ihre Aussagen hier einmal zur Kenntnis nehmen kann.

Sie haben als Presse- und Medienverantwortlicher im BMVIT für den Herrn Bundesminister keinerlei Zuständigkeit und keinerlei Wahrnehmungen gehabt, was Insertionen betrifft, wobei Insertionen ja Teil einer Kommunikationspolitik sind und Presse- und andere Kommunikationsmaßnahmen ergänzen. Das heißt, Sie haben nicht gewusst, wer im Haus Aufträge diesbezüglich vergibt, wie die zu akkordieren sind und wer sie bezahlt?

**Thomas Landgraf:** Ich habe gesagt, dass ich in Bezug auf die ÖBB-Geschichte „Unsere Bahn“ keine Wahrnehmung habe. Ich habe nicht gesagt, dass ich grundsätzlich keine Wahrnehmungen habe.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Ganz kurz zu Ihrer jetzigen Funktion. Sie sind jetzt im Echo Verlag tätig. Stimmt das?

**Thomas Landgraf:** Das stimmt, ja.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Das ist, wenn ich mir eine Randbemerkung erlauben darf, jener Verein, der das Geburtstagsfest von Bürgermeister Häupl bezahlt hat.

In dem Zusammenhang die Frage, weil es auch wichtig ist für Ihre Glaubwürdigkeit: Hatten Sie in der SPÖ Funktionen oder haben Sie kandidiert für die SPÖ?

**Thomas Landgraf:** Natürlich. Ja.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Das hatten Sie. Sehr gut.

Herr Landgraf, eine Frage betreffend Ihre Rolle als Nichtzuständiger oder Zuständiger. Es gibt im „Kurier“ vom April dieses Jahres unter dem Titel „Bankomat ÖBB: Und keiner weiß was“ die Feststellung von einem hier nicht namentlich genannten Ex-Manager der Österreichischen Bundesbahnen, wo ich aber davon ausgehe, dass der „Kurier“ hier sorgsam recherchiert hat:

„Der Ex-Chef führte auch an, dass wohl ein Herr Thomas Landgraf Ansprechpartner für Inseratenangelegenheiten im Faymann-Ministerium gewesen sei – was übrigens auch von einem ÖBB-Manager bestätigt wird.“

Heißt das, waren Sie für Inserate zuständig und nur in dem einen konkreten Fall, den der Kollege Amon angesprochen hat, nicht zuständig – oder war generell keine Zuständigkeit für Inserate?

**Thomas Landgraf:** Vorschläge zur Medienkooperationen sind oft an mich geschickt worden. Eine Zuständigkeit in dem Sinn, wie sie hier zitiert wird, von wem auch immer, gab es nicht.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Bevor Sie ins Bundesministerium gekommen sind, waren Sie für den Herrn Wohnbaustadtrat tätig?

**Thomas Landgraf:** So ist es, ja.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Da kennen Sie sicher auch den Herrn Fred Vavrousek, damaliger Chef der Magistratsabteilung 53 – Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien? (*Thomas Landgraf: Ja!*) – Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ressort und dem Herrn Faymann gestaltet, was Insertionen betrifft? Denn damals – ich darf nur erinnern – war der Herr Wohnbaustadtrat Faymann das Mitglied der Wiener Stadtregierung, das am häufigsten inseriert hat.

(*Die Auskunftsperson spricht kurz mit Verfahrensanwalt.*) Nur zur Ergänzung: Es geht hier um die Methode Faymann. Und ich darf anmerken, dass ich – aufgrund einer von mir gemachten Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft – der Urheber dieser Affäre war und es sich um meine Beobachtungen zu den Verhaltensweisen des damaligen Herrn Wohnbaustadtrates in der Stadt Wien handelte. Damals gab es die Verdachtslage schon. Und für mich ist daher maßgeblich, wie sich das damals in der Stadt Wien gestaltet hat, da es sich meinen Wahrnehmungen nach 1 : 1 in das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur fortgesetzt hat.

**Thomas Landgraf:** Ich habe in Wien nichts mit dem Thema Medienkooperationen zu tun gehabt.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Das heißt, Sie haben weder inseriert noch sonstige Inseratenaufträge an die MA 53 vergeben.

**Thomas Landgraf:** So wie auch im BMVIT hatte ich in der Stadt Wien kein eigenes finanzielles Pouvoir und konnte somit keine Medienkooperationen beauftragen.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Vielleicht kein eigenes finanzielles Pouvoir – aber waren Sie nicht quasi die ausführende Kraft, die dann diese Kooperationen auf die Reise geschickt hat? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – In Ihrer Einvernahme vor der Korruptionsstaatsanwaltschaft geben Sie an, ich darf zitieren:

Natürlich bin ich davon ausgegangen, dass bei Inseratenaufträgen beziehungsweise in Medienkooperationen Sattelberger und Zimmermann die Zustimmung der Vorstände

einholen werden. Mir war ja auch bekannt, dass dies erforderlich ist. Ich möchte aber gar nicht ausschließen, dass zumindest die Initiative für Kooperationen mit bestimmten Medien auch vom BMVIT ausgegangen ist, da ja auch an uns zahlreiche Angebote herangetragen worden sind. – Zitatende.

Heißt das, dass im Nachhinein von den Vorständen quasi für die Zustimmung geworben wurde?

**Thomas Landgraf:** Entschuldigung: Könnte ich das kurz sehen? Ich war zwar bei der Staatsanwaltschaft, aber ich kenne das nicht, da mir keine Abschrift gegeben wurde.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Bitte.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Es war die Vernehmung vom 12.9. dieses Jahres mit dem Aktenzeichen 32 St41-11x. Nachdem Herr Landgraf hier ausgesagt hat, dass er davon ausgeht, dass Zustimmungen der Vorstände von ASFINAG und ÖBB eingeholt werden, möchte ich ihn fragen, ob er dazu Wahrnehmungen hat, dass diese Zustimmungen im Nachhinein eingeholt wurden, nachdem Inseratenkooperationen vereinbart wurden.

**Thomas Landgraf:** Ich hatte damals keine Wahrnehmungen dazu. Ich habe also dieser Aussage auch nichts hinzuzufügen.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Weiters wird festgehalten:

Der Regelfall war, dass Zimmermann oder Sattelberger die von unserer Seite vorgeschlagenen Medienkooperationen auch für gut befunden haben. Es war aber keinesfalls so, dass alle von uns vorgeschlagenen in der Folge abgewickelt wurden. – Zitatende.

Wenn Sie sagen: von uns vorgeschlagene. Frage: Wer schlägt diese Medienkooperationen dem BMVIT, den ÖBB oder der ASFINAG vor?

**Thomas Landgraf:** Im konkreten Fall ich.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Im konkreten Fall Sie.

Ich darf auf die Zeugenvernehmung vom 15.2. dieses Jahres des Herrn Haubenwallner Bezug nehmen, der feststellt – ich darf das zur Verlesung bringen –:

„Mir wird ein Angebot vom 18.4.2007, adressiert an Herrn Thomas LANDGRAF vom BM für Verkehr, Innovation und Technologie gezeigt. Zum Zustandekommen dieses Angebotes gebe ich an, dass ich denke, dass im Zuge der Ausrichtung unseres Magazines das BMVIT ein Ansprechpartner für Inserate bzw. diese Sonderausgabe war.“ Stimmt das in dieser Form?

**Thomas Landgraf:** Kann ich das sehen? Ich kenne die Aussage von Herrn Haubenwallner nicht.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Das kann ich sehr schwer beurteilen, was sich der Herr Haubenwallner damals gedacht hat, wer der Ansprechpartner sein soll. Also ich weiß nicht, was sich der Herr Haubenwallner 2007 gedacht hat.

Heute kenne ich ihn, damals habe ich ihn nicht gekannt.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Ich nehme ein konkreteres Beispiel. Es geht um die Frau Miriam Mang. Ist Ihnen diese Frau bekannt?

**Thomas Landgraf:** Wer ist das?

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Die damalige Geschäftsführerin der Werbeagentur der ÖBB, Frau Miriam Mang.

**Thomas Landgraf:** Der Name sagt mir nichts.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Der Name sagt Ihnen überhaupt nichts?

Diese Dame schreibt in einem E-Mail Verkehr mit Herrn Sattelberger:

„Im NEWS (Ausgabe vom 21.6.2007)“ –

das fällt in den zeitlichen Bereich Ihrer Zuständigkeit im BMVIT –

„erschien eine 16-seitige Beilage zum Thema ‚Wiener Südbahnhof‘. Dieses Special wurde in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr (Herrn Mag. Landgraf) erarbeitet und seitens des Bundesministeriums wurde ein Druckkostenbeitrag in der Höhe von € 58.000,-- (netto) zugesagt. Dieser Druckkostenbeitrag wurde gemäß Abstimmung an das Bundesministerium für Verkehr in Rechnung gestellt. Die gegenständlichen Rechnung scheint in unseren Büchern leider seit Juni 2007 als offener Posten auf.

Nach mehrmaliger und intensiver Rücksprache mit dem Nachfolger von Herrn Mag. Landgraf, Herrn Mag. Marcin Kotlowski, wurde uns nun mitgeteilt, dass die Inrechnungstellung des Druckkostenbeitrages für dieses NEWS-Special an die ÖBB erfolgen soll.“

Das heißt, da geht es um ein Inserat, eine Medienkooperation.

**Thomas Landgraf:** Könnte ich das sehen?

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Informativ: Die 7 Minuten der Befragungszeit der ersten Runde sind vorbei. Nach dieser Beantwortung wird dann allenfalls noch eine kurze Zusatzfrage zu diesem konkreten Vorhalt zuzulassen sein.

**Thomas Landgraf:** Ich kann mich nicht erinnern, dass ich da etwas zugesagt hätte.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Entweder Sie oder die Frau Mang, irgendwer sagt hier die Unwahrheit, möchte ich festhalten. Da hier nämlich sehr wohl zum Ausdruck kommt, dass diese Kooperation über Sie gelaufen ist, und die Rechnung die ÖBB zu zahlen hatten.

Aber ich werde noch einmal darauf Bezug nehmen, wenn meine Zeit neu beginnt. Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Erste Frage ganz kurz. Haben Sie vor Ihrer Zeugeneinvernahme, heute und hier vor dem Untersuchungsausschuss, mit irgendwelchen Personen über Ihre heutige Befragung gesprochen?

**Thomas Landgraf:** Mit meinem Anwalt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Weitere Personen, Politiker? *(Thomas Landgraf: Nein!)* – Ich gliedere meine Befragungen in mehrere Teile.

Der erste Teil ist eine Art politische Säuberungsaktion, die der Herr Bundesminister Faymann zu seinem Amtsantritt als Verkehrsminister in den ÖBB und der ASFINAG vorgenommen hat, und dann gehen wir weiter zu konkreten Beispielen von Inseratenkorruption, „NEWS“, „VORmagazin“, „Kleine Zeitung“, das sind ein paar Beispiele die ich nennen möchte.

Beginnen wir also mit diesen politischen Säuberungsaktionen. Es geht aus den Akten mehrmals hervor, dass es mit der Übernahme des Verkehrsressorts durch Herrn Faymann zu einer Änderung im Verhältnis zur ASFINAG und den ÖBB gekommen ist, auch was den Abschluss von Medienkooperationen betrifft.

Da haben Sie in Ihrer Zeugenvernehmung – die der Herr Vilimsky schon zitiert hat – selber gesagt:

Es ist mir von Vertretern der ASFINAG und der ÖBB zwar schon gesagt worden, dass es früher anders war, es wurde aber keine Kritik an der Änderung der Vorgangsweise ausgeübt. – Zitatende.

Welche Vertreter der ASFINAG und der ÖBB haben Ihnen wann gesagt, dass früher was anders war in Sachen Inseratenvergabe?

**Thomas Landgraf:** Ja, meine Hauptansprechpartner – das habe ich schon ein paar Mal gesagt – waren der Herr Zimmermann bei der ASFINAG und der Herr Sattelberger von den ÖBB. Ich habe aber durchaus auch – denn man kommt ja in Kontakt, man lebt ja nicht abgeschieden voneinander – mit anderen Leuten von den ÖBB gesprochen. Und somit – verzeihen Sie mir, dass ich jetzt nicht alle Namen aufzählen kann – bin ich zu dieser Aussage gekommen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich sage Ihnen, was eher mit dieser Aussage gemeint ist. Und das geht auch aus mehreren Akten hervor, nämlich dass sich ASFINAG-Vorstände, ÖBB-Mitarbeiter – in den Akten mehrmals festgehalten – darüber beschwerten, dass Folgendes passiert: Sobald der Wechsel von Gorbach auf Faymann kommt, läuft das mit den Medienkooperationen plötzlich ganz anders. Das Pouvoir der ASFINAG wird den ÖBB aus der Hand genommen und ins Ministerium verlagert. Ich zitiere dazu nur ein Beispiel, den Herrn Wehinger, der in Sachen Inserate sagt:

Er habe auch mit Vorstandskollegen der ASFINAG, namentlich Lückler und Reichhold gesprochen.

Und Wehinger sagt dann dazu: Ich kann mich erinnern, dass die Kollegen von ähnlichen Vorgängen berichtet haben. – Zitatende.

Wehinger bezieht sich hier zum Beispiel auf diesen Abschluss der „Krone“-Kampagne. Das heißt, bei den ÖBB und der ASFINAG war es schon Thema, dass Faymann offensichtlich einen eigenen Umgang hat, was Medienkooperationen von staatsnahen Unternehmen betrifft, und dagegen haben sich einige Vorstände gewehrt, denen dann – das geht ebenfalls aus den Akten hervor, zumindest gibt es hiezu entsprechende Zeugenaussagen – auch damit gedroht wurde, dass, wenn sie nicht das machen, was seitens des Ministeriums gewollt wird, es schwierig mit der Verlängerung der Verträge werden würde.

Gehen wir zu einem konkreten Beispiel, nämlich zum Nachrichtenmagazin „NEWS“. Da gibt es eine Druckstrecke in Höhe von 58 000 € und ein Mail – ich lege Ihnen dieses Mail vor, lesen Sie es sich in Ruhe durch, und dann frage ich Sie etwas dazu.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Da schreibt Herr Lenzbauer an Herrn Sattelberger, am 10. Juni, dass er in einer – Zitat – : „etwas ‚langwierigen‘ Sache“ an Herrn Sattelberger herantreten muss, und dann bezieht er sich auf Sie und darauf, dass eine 16-seitige Beilage zum Thema „Wiener Südbahnhof“ in „NEWS“ geschaltet wurde, in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr.

Und dann steht: „Herr Mag. Landgraf“ und das diesbezüglich von dem Ministerium ein Druckkostenbeitrag für diese Druckbeilage – 16 Seiten – in Höhe von 58 000 € zugesagt wurde.

Bleiben wir einmal bei diesem Teil. Der Herr Lenzbauer von der „NEWS“-Anzeigenleitung nennt Sie hier namentlich, also müssen Sie damit sehr intensiv zu tun gehabt haben.

Frage: Was haben Sie mit Herrn Lenzbauer konkret ausgemacht, und welche konkrete Tätigkeiten haben Sie im Zusammenhang mit dieser 16-seitigen Beilage in der „NEWS“-Ausgabe vom 21.6.2007 zum Thema „Wiener Südbahnhof“ geleistet?

**Thomas Landgraf:** Ich habe schon gegenüber der Staatsanwaltschaft gesagt, dass ich mich an Herrn Lenzbauer nicht erinnern kann. In dem Mail, das Sie mir da vorgelegt haben, bezieht sich Lenzbauer auch darauf, dass er mehrmals und intensiv mit meinem Nachfolger gesprochen hat. Mit meinem **Nachfolger**.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dazu kommen wir noch. Wir sind bei der ersten Passage, zu der die Frage gestellt wurde, und darin nennt er Sie. Eine „Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr (Herrn Mag. Landgraf)“, das BMVIT sagt dafür 58 000 € netto zu.

Zu diesen zwei Punkten befrage ich Sie, denn da sind **Sie** namentlich angeführt – und nicht Ihr Nachfolger, der Herr Kotlowski.

**Thomas Landgraf:** Diese Frage habe ich vorher schon beantwortet.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich will es aber noch einmal beantwortet haben, nämlich viel, viel konkreter.

Also: Was haben Sie mit Herrn Lenzbauer im Zuge dieser Kooperation konkret ausgemacht, und was haben Sie hier für konkrete Leistungen erbracht?

Noch einmal: Da sind **Sie** namentlich genannt, nicht Ihr Nachfolger.

**Thomas Landgraf:** Ich kann mich, wie gesagt, nicht an diese konkrete Beilage erinnern, aber das, was ich natürlich gemacht habe – man darf ja nicht vergessen, nach der massiven Erhöhung der Mittel für die Investitionen in Schiene und Straße hat der Bundesminister ja auch einen neuen Rahmenplan in neun Bundesländern verhandelt, wo ja auch die Mittel deutlich aufgestockt wurden, Gott sei Dank, kann man heute sagen, und im Zuge dessen hatten wir natürlich, aufgrund dessen, dass wir im Kabinett gesessen sind, auch immer einen Informationsvorsprung gegenüber den Unternehmen ÖBB und ASFINAG, was den Zeitpunkt der Umsetzung und die Geschwindigkeit und die Investitionshöhen für die Neubau-Projekte betrifft. Das ist zum Beispiel auch hier der Fall. Deswegen hat es auch immer wieder Abstimmungen gegeben. Und das ist natürlich auch beim neuen Hauptbahnhof der Fall, damals noch als Südbahnhof präsentiert. Das war das, was ich dazu gemacht habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wissen Sie, wer diese konkrete Kooperation und diese Beteiligung des BMVIT selbst – das ist wichtig, das BMVIT hat einen Druckkostenbeitrag von 58 000 € zugesagt –, wer diese Zusage gemacht hat, beziehungsweise wer hatte damals überhaupt das Pouvoir, diese Zusage zu machen?

Sie hatten ja kein finanzielles Pouvoir, wie Sie schon gesagt haben, aber es muss jemand anderer gemacht haben.

Lenzbauer bezieht sich aber in beiden Punkten dezidiert auf Sie, also gehe ich davon aus, dass Sie dazu Wahrnehmungen haben.

**Thomas Landgraf:** Wie schon gesagt, ich kann mich an die konkrete Beilage zwar jetzt – ich war schon bei der Staatsanwaltschaft – dann wieder erinnern, aber ehrlich gesagt, habe ich keine Ahnung mehr, wie das gelaufen ist; das weiß ich leider nicht mehr.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Meine Frage war, ob Sie wissen, wer diese Kooperation mit der Zusage – BMVIT zahlt 58 000 € –, abgeschlossen hat.

**Thomas Landgraf:** Nein, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das Spannende ist, dass sich Herr Lenzbauer dann darauf bezieht, dass nach offensichtlich mehrmaliger und intensiver Rücksprache mit Herrn Kotlowski „NEWS“ mitgeteilt wurde, die Rechnung sei doch an die ÖBB zu schicken. Und die haben es auch bezahlt. – Das ist der erste Fall.

Und das haben wir systematisch: Ministerium bestellt, schließt 58 000 € ab, Ministerium liefert, Rechnung wird dann nach Monaten, nach ewigem Hin und Her – Zitat – : „Nach mehrmaliger und intensiver Rücksprache“ – also, das muss sehr intensiv gewesen sein – schickt man das Ganze an die ÖBB, und die dürfen es bezahlen.

Wir legen Ihnen ein zweites Beispiel vor, wenn Sie sagen, Sie hatten nie ein finanzielles Pouvoir. Kommen wir zur „Kleinen Zeitung“. Da gibt es ein wunderbares Mail, aus dem ich schließe, dass Sie sehr wohl ein finanzielles Pouvoir hatten.

Wir legen Ihnen das Mail vor, schauen Sie es sich in Ruhe an, und dann fragen wir Sie dazu.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Thomas Landgraf:** Ich entnehme dem Mail genau das Gegenteil. Ich entnehme nämlich, dass Herr Galuschka mit mir Gespräche geführt hat und wegen des Geldes zum Herrn Schedl geht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich sage Ihnen, worum es da geht. Hier handelt es sich auch um eine Beilage in der „Kleinen Zeitung“, auch im Jahr 2007, Titel war „Neue Wege“, Kosten waren: 58 000 €. Und da schickt der zuständige Anzeigenbearbeiter der „Kleinen Zeitung“, Herr Franz Josef Galuschka am 25. Juni 2007 an den Alois Schedl – eine Schlüsselfigur, das war immer das ausführende Organ für euch, euer Handlanger – eine Auftragsbestätigung für dieses Journal. Eine **Auftragsbestätigung**. Ich bin selber Pressesprecher gewesen, Herr Landgraf, ich weiß genau, was eine Auftragsbestätigung ist. **Auftragsbestätigung** heißt: Ich bestelle bei der Zeitung etwas, und dann kriege ich eine Auftragsbestätigung für meine Inseratenbestellung. Und genau das ist dieses Mail.

Und der Herr Galuschka schreibt da:

„Sehr geehrter Herr Schedl!

Unter Berufung auf meine Gespräche mit Herrn Landgraf sende ich Ihnen die Auftragsbestätigung zur Produktion und Beilage des Journals Moderne Wege durch die Kleine Zeitung.“

Frage: Welche Auftragsgespräche hat denn Herr Galuschka da mit Ihnen besprochen, so, wie er das in diesem Mail anführt? Er bezieht sich ausdrücklich auf Sie: „Gespräch mit Herrn Landgraf“. Was hat er denn mit Ihnen besprochen, der Herr Galuschka, wohlweislich ein Mitarbeiter der Anzeigenabteilung, wobei Sie angeblich nie etwas mit Kooperationen oder dem Abschluss zu tun hatten, sondern nur mit der Verfassung von Kommentaren für den Herrn Minister.



**Thomas Landgraf:** Ich weiß nicht mehr konkret, was ich mit dem Herrn Galuschka besprochen habe, aber aus diesem Mail geht nicht hervor, dass ich in irgendeiner Form eine Kooperation mit ihm abgeschlossen hätte, sondern ganz im Gegenteil, dass ich ihn an den Herrn Schedl verwiesen habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** „Unter Berufung auf meine Gespräche mit Herrn Landgraf ...“ – Zitatende

Auf welche Gespräche mit Ihnen beruft sich da der Herr Galuschka?

Noch einmal: Betreff ist eine Auftragsbestätigung für einen Inseratenauftrag in Höhe von fast 60 000 €. Er beruft sich ausdrücklich auf Gespräche mit **Ihnen** und schickt unter dieser Berufung dieses Mail an die ÖBB.

Was haben Sie da mit ihm besprochen? – Er beruft sich ausdrücklich auf die Gespräche mit Ihnen.

**Thomas Landgraf:** Also ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was ich mit dem Herrn Galuschka besprochen habe. Aber offensichtlich haben meine Gespräche mit dem Herrn Galuschka dazu geführt, dass er sich an die richtige Person gewandt hat, wenn es um es Auftragsbestätigungen für Inserate geht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Er hat eine fertige Auftragsbestätigung, die mit Ihnen schon verhandelt war, an die ÖBB geschickt, nichts anderes, Herr Landgraf.

Wir machen in der zweiten Runde bei den Mails weiter.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Eigentlich stelle ich meine Frage nur, damit ich das wirklich richtig verstehe.

Sie haben mit ÖBB, ASFINAG, den anderen Gesellschaften, den einzelnen Sektionen natürlich zu tun gehabt, was Medienkooperationen, Einschaltungen und so weiter betrifft.

Ich habe es nur so verstanden, dass es einen großen Unterschied gibt:

Die eine Ebene ist die inhaltliche Ebene, dass man miteinander diskutiert, welche Einschaltungen macht man, was ist zu mir gekommen, dass man Informationen weiterleitet. Und damit haben Sie zu tun gehabt, dafür waren Sie verantwortlich.

Die zweite Ebene ist, dass es bei den verschiedenen Inseraten Zuständigkeiten gegeben hat, wo Sektionen Medienkooperationen oder Teile von Medienkooperationen abgewickelt haben, wo Sie das mit Ihrer Sektion durchbesprochen haben, aber der jeweilige Sektionschef oder zuständige Mitarbeiter für den Abschluss verantwortlich war.

Und ich habe es so verstanden, dass es da überhaupt kein Weisungsverhältnis gegeben haben kann, zwischen Ihnen als Pressereferent und den ÖBB, die ja eine Aktiengesellschaft waren, und dass die Entscheidungen, was man konkret macht, beauftragt, zahlt, dann in den ÖBB gefallen sind.

Habe ich das so richtig interpretiert?

**Thomas Landgraf:** Darf ich vielleicht auch ein bisschen die Gelegenheit nutzen, einmal überhaupt darüber zu sprechen, wie es denn ausgesehen hat, bevor Werner Faymann Verkehrsminister geworden ist.

Da gibt es zum Beispiel Aussagen der Vorgängerbundesregierung – die dann revidiert worden sind – im Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP.

Aber da gab es Aussagen wie:

Ausgelagert und privatisiert werden soll die ÖBB AG, die sich um den Betrieb, also Loks und Waggon, Autobus, Speditionsbetrieb, kümmert. In diese Gesellschaft sollen auch die Postbusse eingegliedert werden. Diese ÖBB AG soll dann zumindest zu 49 Prozent verkauft werden. Notfalls – so heißt es – auch an die heutige Privatkonzern wie Speditionsfirmen wie DHL und Co.

Bundesminister Faymann hat schon in seiner Antrittsrede gesagt: Eine Eisenbahn – das ist übrigens ein Adam Smith-Zitat –,

eine Eisenbahn besteht zu 1 Prozent aus Stahl und zu 99 Prozent aus Menschen.

Die ÖBB ist nach wie vor einer der größten österreichischen Betriebe, nur um sich das ein bisschen vor Augen zu halten, was das für ein Unternehmen ist. Dort arbeiten 42 000 Menschen. Der Ertrag 2011 war ...

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Pilz hat eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Sie bezieht sich offensichtlich auf Ihre Aussage.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender, Sie haben die Auskunftsperson zu Recht darauf hingewiesen, dass am Anfang die Möglichkeit einer zusammenhängenden Darstellung, auch möglicherweise über seine Sicht der Eisenbahn und des Verhältnisses zwischen Eisen und Mensch, anteilmäßig besteht. **Jetzt** ist das sicherlich nicht der Fall!

Jetzt geht es um die Beantwortung konkreter Fragen, und ich ersuche, den Herrn Landgraf darauf hinzuweisen. Es geht ja um unsere gemeinsame Lebenszeit.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Es ist grundsätzlich richtig, was Kollege Pilz gesagt hat. Es hat auch Kollege Schickhofer, nach seiner Einleitung, ob er richtig interpretiert, eine Frage an Sie gestellt, die man unter Umständen mit Ja, Nein oder auch mit anderen Dingen beantworten kann.

Vielleicht können Sie auf die Interpretation des Kollegen Schickhofer, wo Sie gefragt wurden, antworten. Allenfalls, wenn Sie das auch noch zusätzlich erläutern wollen, vielleicht ganz kurz, aber ich glaube, das Referat insgesamt wäre wirklich am Anfang zu halten gewesen.

**Thomas Landgraf:** Dann kürze ich das jetzt ein bisschen ab. Aber man soll sich schon vor Augen halten, dass es da um Verantwortung geht, dass es um Verantwortung für einen der größten Betriebe in diesem Land zum Beispiel geht, im Fall der ÖBB und der ASFINAG. Diese politische Verantwortung hat der Verkehrsminister.

Und das ist einfach eine Geschichte, wo auch die Rolle geändert wurde, wo es im Endeffekt auch darum gegangen ist, auch **aktiv** etwas für das Image dieser Betriebe zu tun. Und insofern habe ich auch die Aufgabe gekriegt.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Darf ich wirklich verkürzen. Kerninhalt der Frage war: Hat es irgendeine Zuständigkeit für den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, die nur die ÖBB betreffen, seitens des Ministeriums gegeben – was den Abschluss, die Zahlung betrifft? (Thomas **Landgraf:** Nein!) – Das Zweite ist natürlich interessant, vor allem wenn man sich auch den Bericht der Oberstaatsanwaltschaft anschaut, wo drinsteht:

In Ansehung dieser Einschaltungen beziehungsweise Beilagen ist ein Wettbewerb für die ASFINAG beziehungsweise die ÖBB eindeutig zu bejahen. – Zitatende

Vielleicht können Sie jetzt ganz kurz auf diesen Werbewert dieser Inserate eingehen und auf die Notwendigkeit, warum das zustande gekommen ist.

**Thomas Landgraf:** Ich sehe es schon so, dass es ja auch um die Kommunikation von Großprojekten geht. Es ist nicht so leicht, wenn man sich zum Beispiel anschaut, was in anderen Ländern mit Großprojekten passiert.

Es ist nicht so leicht, große Projekte, die ja auch durchaus zukunftssträchtig sind, wie zum Beispiel der Durchfahrtsbahnhof, der Wiener Hauptbahnhof, **ohne** die Zustimmung der Bevölkerung durchzuführen, denn das kostet viel Geld, es ist lange Baustelle et cetera. Und deswegen geht es schon darum, dass man im Endeffekt, um so etwas zu machen und auch um der Bahn ein positiveres Image zu geben, auch Maßnahmen, wie zum Beispiel die Telematik oder Veränderungen der Geschwindigkeitsgeschichten bei der ASFINAG, offensiv kommunizieren muss.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Ich komme noch einmal zu den Zuständigkeiten zurück, weil das natürlich ganz wichtig ist, auch aufgrund von Aktenvermerken des Herrn Zimmermann, der immer wieder davon spricht, dass seitens des Kabinetts beziehungsweise des Bundesministeriums nicht nur ersucht, initiiert, koordiniert und angeregt worden ist, sondern auch abgeschlossen worden ist.

Sie haben ja bereits erörtert, dass das eigentlich rechtlich gar nicht möglich gewesen wäre.

Meine Frage ist aber: Er hat da verschiedene Aktenvermerke verfasst, über Gespräche, Diskussionen mit Ihnen. Waren das persönliche Erinnerungsnotizen für ihn, die er innerhalb seines Unternehmens weitergegeben hat, oder sind diese Aktenvermerke an Sie übermittelt worden, um deren Inhalt zu bestätigen, damit Sie den Charakter einer Art Protokoll haben?

**Thomas Landgraf:** Nein. Ich habe von diesen Aktenvermerken aus den Medien erfahren, jetzt im Zuge der Berichterstattung.

Ich kannte diese Aktenvermerke nicht, nein. Ich kenne auch nur die, die in den Medien veröffentlicht sind. Das heißt, wenn es darum geht, dass ich irgendetwas beantworten soll, dann bitte ich um Vorlage.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Sie haben in Ihrer Einvernahme, um das auch noch einmal klarzustellen, bezüglich dieses Druckkostenbeitrags in der Höhe von 58 000 € gesagt:

Ich kann mich auch nicht erinnern, dass der Auftrag für diesen Artikel vom BMVIT stammt. Kann mir das auch nicht vorstellen, möchte dies aber nicht ausschließen. – Zitatende.

Eigentlich heißt es für mich aber, Ihren Aussagen von vorher zufolge, dass rechtlich gar keine zulässige Beauftragung möglich gewesen wäre.

**Thomas Landgraf:** Das BMVIT könnte nicht für die ÖBB beauftragen. Das ist richtig.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe nach dieser klaren und richtigen Rechtsauskunft noch ein paar ergänzende Fragen.

Ich beginne mit dem Protokoll der 10. Vorstandssitzung der ASFINAG vom 21. August 2007 und lege es Ihnen vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Punkt 9, auf der zweiten Seite:

Schaltung von Anzeigen. Vom Eigentümer, Bundesminister Faymann, und seinem Kabinett wurden in letzter Zeit, siehe diverse Aktenvermerke von Zimmermann, mehrere Aufträge für die Schaltung von Inseraten beziehungsweise gekaufte Beilagen bei Printmedien beauftragt, ohne dass der Vorstand der ASFINAG in den Entscheidungsprozess eingebunden war. – Zitatende.

Ich möchte Sie einmal Folgendes fragen, weil es im Weiteren heißt:

So war dies „ÖSTERREICH“ vom 10. August 2007, 136 000 €.

Waren Sie zu diesem Zeitpunkt im Kabinett Faymann für Medienarbeit zuständig?

**Thomas Landgraf:** Zu diesem Zeitpunkt noch, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Weiters: „ÖSTERREICH“ vom 28.6.2007, 30 000 €.

Waren Sie zu diesem Zeitpunkt zuständig? (*Thomas Landgraf: Jawohl!*) – „Kleine Zeitung“ vom 3.7.2007, 48 317,17 €.

Waren Sie zu diesem Zeitpunkt zuständig?

**Thomas Landgraf:** Wir können es abkürzen. Also für alle diese Dinge ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, nicht „für alle diese Dinge“! Wir gehen das Punkt für Punkt durch!

Waren Sie zu diesem Zeitpunkt zuständig? (*Thomas Landgraf: Jawohl!*) – „Gewinn“ vom 27.6.2007, 25 124,40 €.

Waren Sie da zuständig?

**Thomas Landgraf:** Für Pressearbeit im Ministerium, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** „Heute“ vom 29.6.2007, 80 000 €.

Waren Sie da zuständig zu diesem Zeitpunkt? (*Thomas Landgraf: Ja!*) – Jetzt haben wir einmal als Erstes – und dem wird nicht widersprochen, wird eigentlich nirgends widersprochen, das wird durch zahlreiche Aktenvermerke und Dokumente erhärtet –: Diese gesamten Kooperationen sind ohne Zustimmung, ohne Befassung und ohne Information der zuständigen Unternehmensorgane, in dem Fall der ASFINAG, nämlich des Vorstands, vereinbart worden, und zwar durchs Kabinett.

Haben Sie zum Zeitpunkt Ihrer Befassung mit diesen Kooperationen gewusst, dass es dazu keine Beschlüsse des ASFINAG-Vorstands gibt?

**Thomas Landgraf:** Nein, das wusste ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sind Sie davon ausgegangen, dass es Vorstandsbeschlüsse der ASFINAG dafür geben müsse?

**Thomas Landgraf:** Ja, bin ich ausgegangen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum sind Sie davon ausgegangen?

**Thomas Landgraf:** Weil meine Ansprechpartner waren die Kommunikationsbeauftragten der Unternehmen, und wenn ich in Wirklichkeit etwas nehme und irgendwie sage, das würde ich für gut halten oder was denken Sie darüber, und man diskutiert darüber und sagt irgendwie, okay, das wird gemacht, also es dann jeweils die Bestätigung von den Kommunikationsabteilungen beziehungsweise erst vom Herrn Zimmermann oder vom Herrn Sattlberger zu diesen Themen gibt, dann muss ich als Pressesprecher, der es in dem Fall einfach nur weitergeben und

manchmal natürlich auch gesagt hat, okay, ich finde das gut, davon ausgehen, dass das interne Procedere in diesen Aktiengesellschaften dann funktioniert.

Dass ich das nicht nachgeprüft habe, ob der Herr Zimmermann mit dem Herrn – in dem Fall Reichhold – gesprochen hat oder nicht, ist mir wohl nicht vorzuwerfen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das glaube ich Ihnen.

Wer hat Ihnen den Auftrag zu dieser Tätigkeit gegeben?

**Thomas Landgraf:** Zu welcher Tätigkeit, das mit denen zu koordinieren? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Diese Tätigkeit war einfach meine Aufgabe im ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat Ihnen die konkreten ... – Sie gehen doch nicht in der Früh ins Kabinett und sagen: Jessas na, da gäbe es eine Medienkooperation, von der nicht einmal (*Thomas Landgraf: Nein!*) – jetzt lassen Sie mich einmal ausreden! – die ASFINAG etwas weiß!

Sie müssen ja von irgendwem erfahren oder einen Auftrag bekommen haben. Ich glaube nicht, dass, nachdem Sie selbst das nicht erfunden haben, das von Ihnen selbst gekommen ist. Von der ASFINAG hat es nicht kommen können, denn die hat nichts davon gewusst, dass sie das selbst bezahlt, dass sie das selbst in Auftrag gibt.

Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, das mit der ASFINAG zu koordinieren?

**Thomas Landgraf:** Ich hatte die generelle Aufgabe, die Koordination mit der ASFINAG und der ÖBB und anderen Medienstellen zu machen, und insofern habe ich natürlich innerhalb dieser Besprechungen – es waren im Wesentlichen Jour fixe-Termine – natürlich auch Medienkooperationsangebote, die **an mich** gegangen sind, an die jeweiligen Zuständigen weitergegeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war jetzt nur eine kleine Nebengeschichte, aber bei der bleibe ich kurz. Die regelmäßigen Jours fixes. Es hat, und da haben Sie vollkommen recht, ich weiß das auch von anderen Personen, regelmäßige Jours fixes zwischen ASFINAG und Kabinett gegeben, um genau diese Geschäfte abzuwickeln.

In welcher Regelmäßigkeit haben diese stattgefunden?

**Thomas Landgraf:** Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, aber ich schätze, es war so alle zwei Wochen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die haben wöchentlich stattgefunden.

Jetzt kommen wir noch einmal zu den Auftraggebern, bevor wir dazu kommen, was in konkreten Fällen passiert ist und warum das Ganze rechtswidrig und möglicherweise auch kriminell war.

Erster Punkt ist eben: Können Sie sich erinnern an diese Beilage „Innovativ – Unterwegs in Österreich“?

**Thomas Landgraf:** Dunkel, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir werden das jetzt gemeinsam erhellen. (*Thomas Landgraf: Darf ich das auch sehen? – Abg. Dr. Pilz hält die genannte Beilage in die Höhe.*) – Anhand Ihrer Unterlagen, Ihrer E-Mails und so weiter, das ist ja alles kein Problem.

Sagen Sie: Welchem Medium ist diese Beilage „Innovativ“ zuzuordnen? (*Thomas Landgraf: „ÖSTERREICH“!*) – Mit wem von „ÖSTERREICH“ hat es in diesem Zusammenhang Kontakte gegeben?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht mehr. (*Abg. Dr. Pilz: Das wissen Sie nicht mehr?*) – Nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mit dem Herrn Fellner?

**Thomas Landgraf:** Also ich habe keine Kontakte mit dem Herrn Fellner gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich lege Ihnen vor einmal ein E-Mail: Freitag, 10. August 2007, von Schedl Alois an Marc Zimmermann.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Wer ist Schedl Alois?

**Thomas Landgraf:** Der heutige Vorstand der ASFINAG.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und was war er damals?

**Thomas Landgraf:** Geschäftsführer der ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War er Geschäftsführer der ASFINAG?

**Thomas Landgraf:** Er war Geschäftsführer der ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Einer Tochterfirma der ASFINAG.

**Thomas Landgraf:** Einer Tochter, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Er hatte ASFINAG-Prokura.

Können Sie beantworten, warum hier der Kooperationspartner – und da ist es um Hunderttausende Euro gegangen – kein Vorstandsmitglied der ASFINAG, sondern der später von Faymann geförderte, damalige Nur-Prokurist Schedl war?

Wir kommen dann auf die Schedl-Geschichte noch wesentlich genauer.

Ist Ihnen gesagt worden: Nein, Sie reden nicht mehr mit dem Lückler und dem Trattner, den beiden Vorstandsleitern, die bockig sind und die keine Faymann-Inserate bezahlen wollen, Sie reden mit dem Schedl, der wird später etwas – der ist ja dann belohnt worden und in den Vorstand gekommen –, der ist gefügig, der macht das, was der Minister will, der hat Prokura, und wir machen das hinter dem Rücken der beiden Vorstände Trattner und Lückler?

Wer hat Ihnen gesagt, das machen Sie mit dem Schedl und nicht mit den beiden zuständigen Vorständen, mit denen das bis dahin gemacht worden ist? Wer hat Ihnen das gesagt?

**Thomas Landgraf:** Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das wissen Sie nicht.

Na dann schauen wir uns das an: Frau Gaugl Barbara von „oe24.at“, das ist „ÖSTERREICH“, schreibt an den Herrn Schedl:

Sehr geehrter Herr DI Schedl,

anbei sende ich Ihnen, wie mit Herrn Landgraf (BMVIT) vereinbart, folgendes Angebot:  
Produkt: „Innovativ“, Platzierung: Coldset, Seitenumfang: 16 Seiten,  
Druckkostenbeitrag: 136 800 €.

Ich wünsche Ihnen noch einen erfolgreichen Arbeitstag. Mit freundlichen Grüßen,  
Barbara Gaugl, „ÖSTERREICH“. – Zitatende

Was war da mit dem Herrn Landgraf vereinbart bezüglich dieses „Innovativ“?

**Thomas Landgraf:** Es war offensichtlich vereinbart, dass sich die Frau Gaugl an den Herrn Schedl wendet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was war mit dem Herrn Landgraf, BMVIT, zwischen Herrn Landgraf und „ÖSTERREICH“ vereinbart? Was war da vereinbart? – Sie bezieht sich auf eine Vereinbarung zwischen „ÖSTERREICH“ und dem Herrn Landgraf.

Was war vereinbart?

**Thomas Landgraf:** Es war offensichtlich vereinbart, dass die Frau Gaugl dem Herrn Schedl nachfolgendes Angebot schickt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, und warum haben Sie das vereinbart seitens des BMVIT, dass „ÖSTERREICH“ an die ASFINAG, wenn die ASFINAG das dann zahlt, ein Angebot schickt?

Wozu braucht es da den Faymann-Mitarbeiter, Kabinettsmitarbeiter Landgraf?

Warum wird das mit Landgraf vereinbart und nicht mit dem Vorstand der ASFINAG? Können Sie das beantworten?

**Thomas Landgraf:** Ich werde die Frau Gaugl einfach an den offensichtlich für diese Geschichte zuständigen Herrn Schedl weitergeleitet haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum haben **Sie** etwas gewusst über etwas, wo auf Kosten von ASFINAG ein Vertrag abgeschlossen wird und später ASFINAG zahlt, wo nicht einmal ASFINAG das gewusst hat und der Herr Schedl erst von „ÖSTERREICH“ informiert werden muss?

**Thomas Landgraf:** Aber den Vertrag hat ja offensichtlich dann der Herr Schedl abgeschlossen und nicht ich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, auch das ist falsch, Herr Landgraf, und auf das werden wir zurückkommen. Der Vertrag ist vonseiten des **BMVIT** abgeschlossen worden, und die ASFINAG hat das Ganze nachher ausbaden können.

136 800 €, merken wir uns das einmal, weil das ist nur ein kleiner Teil der Gelder, die nur im Zusammenhang mit dieser einen Beilage stehen. Wir gehen dann noch vier weitere miteinander durch und eine ganze Reihe weiterer „ÖSTERREICH“-Geschichten, damit wir uns einmal den Umfang der zentralen Inseratenkorruptionsachse Faymann-Fellner ein bisschen genauer anschauen und auch Ihre Rolle in der Gestaltung dieser Achse. Schauen Sie sich bitte an, da gibt es ein zweites E-Mail – das lege ich Ihnen jetzt vor – oder besser gesagt einen E-Mail-Verkehr, Marc Zimmermann am 7. August 2007, 10.32 Uhr.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

„Sehr geehrter Herr Landgraf!“ –

Es geht immer um dieses „innovativ“, um diese Beilage, in der viel, viel mehr ASFINAG- und anderes Geld steckt, als wir bis jetzt besprochen haben, und das geht alles auf das Konto von Faymann. –

„Die Geschichte mit ÖSTERREICH und Frau Hofer konnte geklärt werden.“ – Zitatende.

Was „ÖSTERREICH“ ist, wissen wir, aber: Wer ist Frau Hofer?

**Thomas Landgraf:** Offensichtlich eine Person, die bei „ÖSTERREICH“ mit der Abwicklung von – nehme ich einmal an – dieser Beilage beauftragt war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Kennen Sie die Frau Hofer?

**Thomas Landgraf:** Ich kenne die Frau Hofer.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nachdem diese Beilage alleine noch so eine umfangreiche Befragung erfordert, setze ich das gerne in der nächsten Runde fort. – Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Herr Landgraf! Ich möchte gerne auf die Kooperation mit der „Kronen Zeitung“, von der wir beide einleitend gesprochen haben, zurückkommen und wollte Sie da fragen, ob Ihnen eigentlich bekannt ist, dass die ÖBB für die Bearbeitung der Leserfragen, die an die „Kronen Zeitung“ gerichtet wurden, eigens Mitarbeiter angestellt hat.

**Thomas Landgraf:** Das wusste ich nicht, nein.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das wussten Sie nicht. Und haben Sie eine Wahrnehmung darüber, dass die Personalkosten für die Mitarbeiter, die ja eigentlich im Dienst der „Kronen Zeitung“ standen, vom BMVIT bezahlt worden sind?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Überhaupt keine Wahrnehmung? Sie haben mit diesen Personen auch nie zu tun gehabt, um inhaltliche Antworten abzustimmen?

**Thomas Landgraf:** Die inhaltlichen Antworten habe ich im Wesentlichen mit den zuständigen Pressereferenten der jeweiligen ÖBB-...

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber das waren ja quasi Antworten, die der Minister gab!

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich jetzt im konkreten Fall auch nicht mehr, wie das damals war. (*Abg. Amon: Keine Erinnerung?*) – Nein, nein. Der **Kommentar** war quasi die Antwort des Ministers auf besonders häufig vorkommende Beschwerden. Und ansonsten glaube ich, dass die ÖBB die Fragen beantwortet hat. Aber ich weiß wirklich nicht mehr, wie das genau abgelaufen ist.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Jetzt müssen Sie mir ein bisschen helfen. Sie haben am Beginn auf meine Fragen geantwortet, wenn es eine Kooperation war, dann sind Sie an die zuständige Person bei der ÖBB herantreten. Es wurde selbstverständlich über die ÖBB abgewickelt.

Jetzt gibt es aber plötzlich sozusagen Leasing-Mitarbeiter, die diese Fragen, die die ÖBB betreffen, für die „Kronen-Zeitung“ beantworten und die das BMVIT bezahlt? Mitarbeiter, die Anfragen des Ministers beantworten – und Sie haben keine Wahrnehmungen dazu?

**Thomas Landgraf:** Soweit ich mich erinnern kann, ist es um die Beantwortung durch die ÖBB gegangen. Also ich kann mich nicht erinnern ...

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich erläutere es Ihnen ein bisschen. Vielleicht kommt es Ihnen in Erinnerung.

Der Vertrag zu Kostenübernahme durch die Mitarbeiter wurde von der damaligen Vorstandsdirektorin der ÖBB Personenverkehrs AG, Wilhelmine Goldmann, an den zuständigen Sektionschef im BMVIT, Dr. Gerhard Gürtlich, geschickt.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen? Hilft Ihnen das ein wenig in der Erinnerung?

**Thomas Landgraf:** Goldmann und Gürtler. Ich kannte beide.



**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber dass die das abgewickelt haben, ist an Ihnen völlig vorbeigegangen?

**Thomas Landgraf:** Ich kann mich zumindest nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** In diesem Vertrag steht unter „1. Vertragsgegenstand“ – ich zitiere:

„Das BMVIT hat mit der Kronenzeitung ein Leseforum eingerichtet, welches Anliegen und Beschwerden ...“ – und so weiter.

Können Sie sich diesen Vorgang erklären?

**Thomas Landgraf:** Können Sie mir das vorlegen lassen?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Natürlich, ist auf dem Weg zu Ihnen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt)*

**Thomas Landgraf:** Diese Vereinbarung sehe ich zum ersten Mal.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber mit dem Leserforum hatten Sie schon zu tun? *(Thomas Landgraf: Nein!)* – Als Pressesprecher nicht?

**Thomas Landgraf:** Nein, das waren ja Leserfragen der „Krone“-Leser an die ÖBB.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Die aber beantwortet wurden, nicht?

**Thomas Landgraf:** Ich habe die aber nicht beantwortet. *(Abg. Amon: Nicht?)* – Nein.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Und auch nie gesehen? Keine Antwort gesehen?

**Thomas Landgraf:** Nein, wüsste ich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das ist bemerkenswert. Wer hätte die Antworten des Ministers dann gesehen und freigegeben?

**Thomas Landgraf:** Nein, der Minister hat ja nicht die einzelnen Leserbriefe beantwortet. Die Leserbriefe wurden von der ÖBB beantwortet. Der Minister hat in seiner Kolumne nur einzelne, sozusagen Schwerpunktgeschichten behandelt, wenn zum Beispiel sehr viele Beschwerden gekommen sind zum Thema ...

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ja, aber es hat ja nicht die ÖBB beantwortet. Es hat ja das Ministerium diese Personen angestellt.

**Thomas Landgraf:** Man muss zuerst einmal trennen. *(Abg. Amon: Bitte, ja!)* Es gibt die Leserbriefe, die die „Krone“-Leser an die ÖBB – also an die „Krone“ und mittels dieser an die ÖBB – geschrieben haben, und das andere ist der Kommentar des Ministers.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Schon, aber nicht die ÖBB hat beantwortet, sondern die Leasing-Mitarbeiter des Ministeriums haben geantwortet.

**Thomas Landgraf:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Keine Wahrnehmung? *(Thomas Landgraf: Nein!)* – Gehen Sie davon aus, dass im Ministerium über diese Angelegenheit Unterlagen vorhanden sind?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht. Keine Ahnung.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber Sie sind ja ein Praktiker.

**Thomas Landgraf:** Naja, Sie können mich fragen, ob ich es weiß. Aber meine **Vermutung** wird hier nicht weiterhelfen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Herr Landgraf, das glaubt Ihnen ja niemand! Nicht böse sein! Wenn so eine Beantwortung im Auftrag des Ministerium stattfindet, dann gibt es ja da üblicherweise auch einen Informationsaustausch. Da gibt es einen Schriftverkehr zwischen der ÖBB und denen, die die Fragen beantworten. Da wird geschaut: Passt das so, sind wir da inhaltlich richtig – oder?

**Thomas Landgraf:** Ich habe mich nicht in die Anfragebeantwortung der ÖBB eingemischt. Ich will gerne Konkretes beantwortet, aber ich wusste einfach nicht, wer das beantwortet, wie das beantwortet wird. Der Informationsfluss, der in mein Richtung gekommen ist, ist einfach die Beantwortung gewesen – sozusagen die Geschichte, was ist eigentlich am meisten beanstandet worden, und wie geht man mit diesen vielen Beschwerden um – ich glaube, das war der Herr Wehinger, der in den Medien erwähnt hat, dass da tausende Leserbriefe gekommen sind –, und mir wurde mitgeteilt, was die Schwerpunkte sind. Worüber gab es die meisten Beschwerden? – Das wusste ich.

Also ich wusste sozusagen, es rangieren gerade alte Waggons ganz oben, und schmutzige Toilettenanlagen sind eigentlich nicht so im Gespräch.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Hat man Ihnen mündlich mitgeteilt, was die zentralen Punkte sind?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht mehr. Ob ich ein Blatt in die Hand gedrückt bekommen haben, ob ich eine E-Mail bekommen haben, oder ob es mir am Telefon erzählt wurde, das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wenn es **tausende** Beschwerden und Briefe bei der „Kronen Zeitung“ gab, dann stelle ich mir vor, dass es für den zuständigen Bundesminister ja eine gewisse Relevanz hat, welche Beschwerden da beim Flaggschiff hereinkommen, oder?

**Thomas Landgraf:** Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, aber das ist über fünf Jahre her, und ich weiß jetzt wirklich diesen Ablauf, wie ich das bekommen habe, nicht mehr im Detail.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Da haben Sie aber vermutlich den Herrn Bundesminister auch über die Beschwerden, die hereingekommen sind, informiert, oder haben Sie gedacht, das ist eine Information, die sollte der Minister besser nicht haben?

**Thomas Landgraf:** Natürlich, informell immer wieder. (*Abg. Amon: Haben Sie ihn schriftlich informiert?*) Am Rande hat man natürlich Gespräche – was läuft da gerade? – über dies und das geführt.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Haben Sie einmal ein Memo geschrieben? (*Thomas Landgraf: Glaube ich nicht!*) – Sie haben nie Memos geschrieben an den Minister? (*Thomas Landgraf: Glaube ich nicht!*) – Kein Infosheet? So etwas hat der Minister nie von Ihnen bekommen? – **Tausende** Beschwerden, haben Sie gesagt, sind hereingekommen!

**Thomas Landgraf:** Ich weiß es wirklich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Es ist nämlich auffällig. Es gibt **kein einziges** Dokument dazu. Wir haben kein Dokument aus dem zuständigen Ministerium darüber bekommen.

**Thomas Landgraf:** Dann werde ich keines verfasst haben.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Vermutlich. – Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Sie haben gesagt, Sie waren bis 31.8. 2007 im BMVIT und haben danach in den -Verlag gewechselt. (*Thomas Landgraf: Ja!*) – Ist Ihnen bekannt, dass im unmittelbaren zeitlichen Umfeld Ihres Wechsels durchaus beachtliche Inseratenvolumina von der ÖBB in Richtung echo-Verlag – im Konkreten zum VORMagazin – gingen? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – Damals müssten Sie im BMVIT schon damit befasst gewesen sein, dass hier seitens der ÖBB an das VORMagazin eine Insertion in der Höhe von 35 999 € in Rechnung gestellt wurde, und kurze Zeit später im Ausmaß von 75 600 €.

Schließen Sie aus, dass das eine Vorleistung des Ressorts über die ÖBB war, Ihren Jobwechsel zu finanzieren?

**Thomas Landgraf:** Ja, das schlieÙe ich aus.

**Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ):** Mit einem Grinsen in Ihrem Gesicht – Danke, ich übergebe an meinen Kollegen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Herr Landgraf, Sie haben gesagt, Sie sind SP-Mitglied. Ideologie ist nicht strafbar. Trotzdem etwas zu Ihrem beruflichen Umfeld. Sie sagen: echo-Verlag.

Wissen Sie, wer der Eigentümer des echo-Verlags ist?

**Thomas Landgraf:** Natürlich: die A.W.H.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Und Sie wissen, wer dort wieder in der Eigentümerfunktion ist? (*Thomas Landgraf: Natürlich!*) – Wer? – Wenn Sie es nicht wissen, ich helfe Ihnen aus: Die SP ist dort ganz dick im Aufsichtsrat drinnen vertreten, mit etlichen Leuten wie zum Beispiel einer Martina Ludwig – mittlerweile Faymann – und so weiter. Also sehr populäre SP-Funktionäre.

Sie sagen uns weiter, der Herr Bundeskanzler – oder damals Verkehrsminister – Faymann hätte über beseitigte Missstände inseriert, beispielsweise bei Automaten.

Wissen Sie, wie der Zustand bei diesen vielen Missständen mit den tausenden Briefen derzeit ist? Hat sich da etwas gebessert?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht. Ich arbeite seit 31.8.2007 nicht mehr im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und kann das daher nicht beurteilen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Ich kann es Ihnen sagen: Es hat sich nicht viel gebessert.

Können Sie mir sagen, warum die Eisenbahn, die ja nicht nur Menschen in bunten Zügen befördert, sondern vor allem auch Güter, einen erklecklichen Anteil ihres Werbebudgets für **Personenverkehr** ausgeben soll, obwohl die größten Missstände zur damaligen Zeit im Cargo-Bereich herrschten?

**Thomas Landgraf:** Das kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Wissen Sie auch nicht. Na gut, Sie wissen nicht viel. Vielleicht wird es jetzt, wenn wir zum Herrn Faymann kommen, mit ihrem Wissen besser.

Herr Faymann war, bevor er Minister wurde, Wohnbaustadtrat in Wien, und Sie haben dort mit ihm schon erfolgreiche Inseratenprojekte gemacht.

Wie kann es sein, dass die ÖBB vom Image des nunmehrigen Verkehrsministers so profitiert hat? Wie hat das funktioniert?

**Thomas Landgraf:** Es gibt dazu offenbar eine Studie, die das besagt. Ich habe mir darüber keine Gedanken gemacht.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Ich sage Ihnen, wie es bei uns war. Ich komme aus Oberösterreich, das ist nicht so weit weg wie Tirol aber ein bisschen weiter weg als Niederösterreich. Bei uns war der Herr Wohnbaustadtrat **nicht ein bisschen** bekannt.

Jetzt frage ich Sie in der Gegenrichtung.

**Thomas Landgraf:** Herr Vorsitzender, was tut das alles zur Sache?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Die Auskunftsperson möchte wissen, ob diese Fragen, die jetzt gestellt wurden, mit dem Beweisthema zusammenhängen. Es geht jetzt um Fragen, was von einem Wohnbaustadtrat in Oberösterreich gemacht wurde, was Faymann als Wohnbaustadtrat in Wien gemacht hat. Jetzt würde ich gerne im Rahmen der Befragung wissen, auf welches Beweisthema oder welche Beweiswürdigung Sie mit den Fragen hinzielen, sodass sie in den Beweisgegenstand hineinfallen können.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Herr Vorsitzender, die Frage ist richtig, sie zielt nämlich genau auf meine nächste Frage ab: Könnte es nämlich nicht vielmehr sein, dass der an und für sich unbekannte Wohnbaustadtrat durch diese Inserate vom Image der ÖBB profitiert hat?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Diese Frage ist zuzulassen.

**Thomas Landgraf:** Da können Sie **so** spekulieren und ich kann **so** spekulieren. Im Wesentlichen, glaube ich, ist der Imagewert/Werbewert einer solchen Geschichte mit Studien, die jetzt offensichtlich nach fünf Jahren gemacht wurden, auch nicht mehr feststellbar.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Also die Studien sind Ihrer Ansicht nach wertlos? (*Thomas Landgraf: Ich kenne sie nicht!*) Sie haben weiters in der heutigen Befragung bereits gesagt, Sie haben mit dem damaligen Sektionschef, einen Herrn „Gürtler“, wie Sie ihn genannt haben, intensiv gesprochen. Wissen Sie, wie der wirklich heißt? – Gürtlich heißt er. Wahrscheinlich werden Sie **so oft** mit ihm gesprochen haben.

Nächste Frage, zur ASFINAG. Nachdem Sie also nicht wissen, wie das in der ÖBB funktioniert hat, wissen Sie, ob es damals in der ASFINAG so etwas wie eine Unterschriftregel mit Wertgrenzen gab? Dass sich zum Beispiel der Portier einen Stift kaufen kann, aber der Portier Inseratenvolumina mit 50 000 €, 100 000 € nicht mehr unterschreiben kann, auch nicht der Herr Zimmermann, sondern dass die vorstandspflichtig sind?

**Thomas Landgraf:** Damit habe ich mich nicht befasst.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Das habe ich mir fast gedacht.

Sie haben uns weiterhin ganz toll geschildert, dass in der Ära Faymann Großprojekte kommuniziert wurden.

Können Sie mir sagen, welche Großprojekte der damalige Verkehrsminister Faymann im Bereich Schiene, im Bereich Straße, im Bereich Luft grundsätzlich initiiert hat oder welche er fertiggestellt hat?

**Thomas Landgraf:** Soweit ich mich erinnern kann, ist zum Beispiel der Baubeginn des Hauptbahnhofs in seine Zeit gefallen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Aber die Planung hat er auch gemacht, der Herr Verkehrsminister?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht. Nein, das war schon vorher, logischerweise ...

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Den Spatenstich, gut, den lasse ich Ihnen. Gab es bei der ASFINAG irgendetwas Großes? – Okay, es war nichts. Ich sage es Ihnen ganz kurz: Es war nichts außer dem Spatenstich.

Eine Frage noch zur Preisreduktion. Die ÖBB haben ja in der fraglichen Zeit keine Preiserhöhungen machen dürfen. Dafür wurden entsprechende Inseratenabkommen mit Medien getroffen. – Wissen Sie darüber etwas?

**Thomas Landgraf:** Entschuldigen Sie, Sie verlangen von mir politische Bewertungen. Ich würde gerne Auskunft zu den tatsächlichen Sachen geben. Ich will hier nichts politisch bewerten.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Gut. Ich mache Ihnen ein paar Vorhalte, weil Sie uns immer wieder unter Wahrheitspflicht gesagt haben, Sie waren nicht für Kooperationen zuständig und Sie wissen auch nichts darüber.

Ich halte Ihnen ein Mail zum Thema ASFINAG vor, in dem ASFINAG-intern geschrieben wird:

„Im NEWS (Ausgabe vom 21.6.2007) erschien eine 16-seitige Beilage zum Thema ‚Wiener Südbahnhof‘. Dieses Special wurde in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr (Herrn Mag. Landgraf) erarbeitet und seitens des Bundesministeriums wurde ein Druckkostenbeitrag in Höhe von € 58.000,-- (netto) zugesagt.“

Und ein paar Zeilen später: „Nach mehrmaliger und intensiver Rücksprache mit dem Nachfolger von Herrn Mag. Landgraf, Herrn Mag. Marcin Kotlowski, wurde uns nun mitgeteilt, dass die Inrechnungstellung des Druckkostenbeitrages für dieses NEWS-Special an die ÖBB erfolgen soll.“

Kennen Sie das?

**Thomas Landgraf:** Könnten Sie mir das vorlegen lassen?

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt)*

**Thomas Landgraf:** Eine kleine Korrektur müsste man noch anbringen: Ich habe **keinen** Magister-Titel; aber so weit, so schlecht. Ansonsten habe ich jetzt schon zum dritten Mal dasselbe E-Mail vorgelegt bekommen und habe, denke ich, auch schon ausführlich dazu geantwortet.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Ich zitiere nun einen Aktenvermerk aus der ASFINAG über eine Einschaltung in der Wochenzeitung „**Live**“ (HEUTE):

„Ich wurde gestern von Herrn Thomas Landgraf aus dem Kabinett BM Faymann ersucht, Unterlagen für eine Kooperation zu übermitteln.

Themen der Koop: Regionenring Wien, Ausbau Strecken in den Osten und Verkehrstelematik.

Nach Kontakt mit dem verantwortlichen Redakteur erfuhr ich, dass am Montag, 25.06, alle Unterlagen fertig sein müssen, da am 29.06 das Erscheinungsdatum von LIVE ist. Auf meine Frage, wie hoch die Kosten für diese Kooperation sind und wer Auftraggeber der Kooperation ist, wurde ich an das Kabinett BM Faymann verwiesen.

Vorstandsdirektor Reichhold und Lückler wurden heute über die Kooperation durch mich informiert.“

Also wieder zuerst die Kooperation mit dem Ministerium und dann die Vorstände.

**Thomas Landgraf:** Könnte ich das bitte sehen? (Abg. **Deimek:** Natürlich, jederzeit! – Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich nehme an, das ist ein Aktenvermerk von Herrn Zimmermann. Da habe ich ihm offensichtlich mitgeteilt, er soll bitte Unterlagen für eine Kooperation zu „Live“ übermitteln. Und dann steht da noch drinnen, dass Vorstandsdirektor Lückler mit Kabinettschef Ostermayer Kontakt aufnehmen wird.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Das heißt, das war alles sehr knapp. Die Vorstände wissen danach meistens rund ums Erscheinungsdatum oder nach Erscheinen Bescheid.

Sie wussten nie etwas?

**Thomas Landgraf:** Ich kann die internen Abläufe bei ÖBB und ASFINAG nicht beurteilen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die ganzen Beispiele liegen uns ohnehin vor, und wir gehen weiter bei diesem kleinen Zeitungsbeispiel. Ich lege Ihnen noch einmal Ihr Mail vor, in dem steht:

Unter Berufung auf meine Gespräche mit Herrn Landgraf ... – Zitatende.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Noch einmal die Frage: Welche Gespräche hat da Herr Galuschka von der „Kleinen Zeitung“ mit Ihnen konkret geführt?

**Thomas Landgraf:** Ich gehe davon aus, dass ich Herrn Galuschka darauf verwiesen habe, dass er bitte wegen der von ihm gewünschten Kooperation mit Herrn Schedl sprechen soll. Das habe ich vorher schon gesagt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Schauen Sie, ich lege Ihnen die Auftragsbestätigung der „Kleinen Zeitung“ selbst vor. Die „Kleine Zeitung“ schreibt genau das Gegenteil. Da wird geschrieben an den Herrn Schedl – und der Kollege Pilz hat das schon richtig gesagt –: Der Herr Schedl ist da eine Schlüsselfigur, die ausführende Hand für euch. Da schreibt der Herr Galuschka:

Sehr geehrter Herr Schedl! Im Namen der „Kleinen Zeitung“ danke ich für den Auftrag, den ich unter Berufung auf meine Gespräche mit Herrn Landgraf, wie folgt bestätige: – Zitatende.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wie erklären Sie sich, dass sich auch in dieser Auftragsbestätigung der Herr Galuschka von der „Kleinen Zeitung“ über diese Auftragssumme ausdrücklich auf Sie beruft sowie auf die Gespräche, die er mit Ihnen geführt hat?

Noch einmal: Was haben Sie denn da besprochen mit dem Herrn Galuschka? In einem Mail bezieht er sich auf Sie, in der Auftragsbestätigung selbst bezieht er sich auf Sie!

**Thomas Landgraf:** Ich gehe davon aus, dass ich Herrn Galuschka gesagt habe, dass er sich wegen dieser Kooperation an den Herrn Schedl wenden möge.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe schon selber bei der „Kleinen Zeitung“ Inserate beauftragt.

Die schreiben das nicht so hinein. Die berufen sich ausdrücklich auf Sie.

Wie können Sie sich erklären, dass sich der Herr Galuschka in Sachen Auftrag an die „Kleine Zeitung“ auf Sie beruft? Können Sie sich erklären, warum er Sie da namentlich nennt? Wofür braucht Sie der Herr Galuschka und wofür muss er Sie namentlich nennen, wenn er das ohnehin alles mit Herrn Schedl ausmachen muss? Warum nennt er dann Sie, den Pressesprecher aus dem Faymann-Kabinett?

**Thomas Landgraf:** Ich weiß es nicht. Ich gehe davon aus, dass ich ihm gesagt habe, dass er sich an den Herrn Schedl bezüglich der Kooperation wenden soll.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen vor, was die Konzernrevision dazu gesagt hat.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Können Sie uns vielleicht kurz mitteilen, was da steht, diese rosarot angestrichenen Dinge? Das ist jetzt die Konzernrevision der ASFINAG, die zu diesem Auftrag, etwas festgestellt hat. Können Sie uns kurz vorlesen, was da oben steht? Was hat die ASFINAG-Konzernrevision festgestellt?

**Thomas Landgraf:** Soll ich vorlesen?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sagen Sie es mir kurz. Sie haben es ja vor sich liegen.

**Thomas Landgraf:** Das ist ja keine Frage.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Wenn schon Vorlesungen erfolgen, dann bitte letztlich in Fragen kleiden! Das ist eine Auskunftsperson, nicht bloß Zuhörer.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut, dann lese ich es für den Herrn Pressesprecher vor und bitte ihn, genau zuzuhören.

Betreffend dieses Auftrages, den Sie vereinbart haben – und das belegen mehrere Unterlagen, ein paar habe ich Ihnen vorgelegt –, stellt die ASFINAG-Konzernrevision Folgendes fest:

Fehlende Freigabe des Auftrages durch den Vorstand laut Unterschriftenregelung. Schriftliche Auftragserteilung durch die zuständige Fachabteilung erfolgte nicht. Zeitgerechte Anlage der Beauftragung SRP (Nachdatierung) erfolgte nicht. – Zitatende.

Das stellt die Konzernrevision fest.

Das heißt, sämtliche Grundregeln, die innerhalb der ASFINAG-Unternehmung für solche Fälle gegolten haben, haben Sie schlichtweg gebrochen – stellt die Konzernrevision fest. Beispiel „Kleine Zeitung“.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Nächstes Beispiel: „VORMagazin“. Wir legen Ihnen ein weiteres Dokument vor und fragen Sie, ob Sie dieses Dokument kennen, was Sie mit diesem Dokument gemacht haben, und warum dieses Dokument wieder ausgerechnet dem Herrn Landgraf geschickt wurde, der immer nur die Brieftaube gespielt hat und gesagt hat: Ich bin die falsche Ansprechperson!

**Thomas Landgraf:** Kann mich nicht daran erinnern, habe das an die zuständigen Kommunikationsbeauftragten der jeweiligen Unternehmen weitergeleitet.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da steht:

Sehr geehrter Herr Landgraf! – Zitatende,

und Sie bekommen ein Angebot von diesem „VORmagazin“ in Höhe von – da gibt es verschiedene Druckstrecken, 16 Seiten, 24 Seiten, 32 Seiten oder 48 Seiten – 60 000 €, 75 000 € oder 90 000 €.

Das Angebot geht wieder ausgerechnet an Sie, obwohl Sie da nie zuständig waren. Da frage ich mich, warum die ganzen Anzeigenabteilungen das immer an Sie schicken. Gut.

Frage: Was haben Sie mit diesem Angebot gemacht, das Sie am 8. April zufälligerweise wieder einmal von diesem „VORmagazin“ bekommen haben? Haben Sie das wieder irgendwem weitergeschickt?

**Thomas Landgraf:** Nachdem es da darum gegangen ist, dass die – und das habe ich jetzt im Nachhinein nachvollzogen – eine Geschichte mit ÖBB und ASFINAG machen wollten, konnte ich als Pressesprecher des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie das nur dorthin weiterleiten. Was hätte ich damit machen sollen? Ich konnte nicht beauftragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schauen Sie. Das ist wieder wie bei der „Kleinen Zeitung“: Das Angebot bekommen Sie, zahlen durften es in diesem Fall die Österreichischen Bundesbahnen, konkret 78 400 €.

Der Herr Haubenwallner, der damals der zuständige Geschäftsführer des „VORmagazins“ war, sagt in seiner Zeugenvernehmung auf die Frage, warum er das gerade Ihnen geschickt hat:

Ich nehme an, Landgraf wurde von der Anzeigenabteilung als zuständige Ansprechperson ausgemittelt. – Zitatende.

Frage: Wie kommt das „VORmagazin“ darauf, dass gerade Sie dafür die – ich zitiere noch einmal – **zuständige Ansprechperson** sind, wenn Sie damit nie etwas zu tun gehabt haben?

**Thomas Landgraf:** Ich weiß nicht, wie die Anzeigenabteilung des „VORmagazins“ darauf kommt. Das müssen Sie die damalige Anzeigenabteilung des „VORmagazins“ fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Dann komme ich zurück zu Ihrer Zeugenvernehmung. Da sagen Sie:

Die von unserer Seite vorgeschlagenen Medienkooperationen... –

seien –

von Zimmermann oder Sattlberger auch für gut befunden worden. Es war aber keinesfalls so, dass alle von uns vorgeschlagenen in der Folge abgewickelt wurden. – Zitatende.

Von unserer Seite –

steht hier. Ich weiß nicht, wer das ist: der Faymann und der Osterhase oder wer!

Woher wissen Sie das denn so genau, wenn Sie nie mit Kooperationen etwas zu tun gehabt haben wollen, Herr Landgraf? Ich zitiere Ihnen hier Ihre eigene Zeugeneinvernahme, wo Sie genau sagen ...

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Petzner, die 5 Minuten sind bereits um!



\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier eine Auskunftsperson, die die Anfragen korrekt beantwortet hat und als Einziger gekommen ist. Die Auskunftsperson hat sich das nicht verdient.

Kollege Petzner, eine Hetz' können wir woanders machen, nicht da. Das haben sich die Auskunftspersonen – egal, wer – nicht verdient. Aber schon gar nicht hat man verdient, dass man sich hier mit Benamungen über oberste Organe des Bundes lustig macht. Dagegen verwahre ich mich wirklich! Es reicht, wenn ihr es überall hinausstellt und bloggt. Aber da im Haus, glaube ich, sollte man korrekt miteinander umgehen. Das hat der Ausschuss nicht notwendig!

Herr Vorsitzender, ich würde bitten, dass man da nicht Regierungsmitglieder oder Staatssekretäre mit irgendwelchen Benamungen versieht!

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? Dann darf ich grundsätzlich um eines ersuchen: generell bei den Wortmeldungen, bei den Befragungen die Würde des Hauses zu wahren. Es gibt unter Umständen konkrete Fragen, die man auch anders formulieren kann, ohne da vielleicht entsprechend irgendwelche Zwischentöne hervorzurufen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die Zusatzfrage. Ich fasse meine bereits gestellte Frage noch einmal zusammen, damit Sie sie hoffentlich verstehen. Wir haben jetzt eine Reihe von Beispielen gehabt, Herr Landgraf. Der Herr Pilz hat eines gebracht, ich habe die „Kleine Zeitung“, das „VORMagazin“ und das „NEWS“-Magazin als Beispiele genannt. Es sind dies Medien, die mit Ihnen Kooperationen abgeschlossen haben und sich immer auf Sie beziehen; bezahlen durften es dann aber immer die ASFINAG oder die Österreichischen Bundesbahnen.

Sie sagen, Sie haben das immer nur an die zuständigen Stellen weitergeleitet und können sich nicht erklären, warum die das alle gerade an Sie geschickt haben und sich auch allesamt auf Sie berufen in ihren Auftragsbestätigungen.

Nun sagen Sie aber in Ihrer Zeugenvernehmung in Bezug auf die Personen Zimmermann und Sattlberger, dass:

Die von unserer Seite vorgeschlagenen Medienkooperationen

– auch für gut befunden worden seien. –

Es war aber keinesfalls so, dass alle von uns vorgeschlagenen in der Folge abgewickelt wurden. – Zitatende.

Vielleicht können Sie uns ausführen, was Sie mit „unserer Seite“ gemeint haben den Herrn Bundesminister Faymann, den Herrn Staatssekretär Ostermayer?

Sie habe also sehr wohl Wahrnehmungen, was den Abschluss von Medienkooperationen betrifft. Dazu frage ich Sie eben:

Woher wussten Sie, dass „von unserer Seite“ – wer ist gemeint mit „unserer Seite“? – Medienkooperationen in Richtung ÖBB und ASFINAG beauftragt wurden?

Und: Können Sie uns Beispiele für solche Medienkooperationen nennen – Sie führen das hier an –, die das Ministerium haben wollte, die aber seitens ASFINAG und ÖBB

nicht abgewickelt wurden? Können Sie uns ein paar Beispiele nennen? Das ist meine Schlussfrage, die aus zwei, drei Teilen besteht.

**Thomas Landgraf:** Fangen wir beim letzten Teil an. Was die abgelehnten betrifft, kann ich mich ehrlich gesagt nach fünf Jahren nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das wundert mich jetzt nicht, dass Sie sich an keinen abgelehnten Auftrag erinnern können.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Petzner! Es ist momentan nur mehr die Auskunftsperson mit der Beantwortung dran, ich bitte, die Auskunftsperson bei der Beantwortung der Frage nicht mehr zu unterbrechen!

**Thomas Landgraf:** Ich habe keine Medienkooperationen abgeschlossen, denn ich konnte sie nicht abschließen.

Was war die andere Frage?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Das war meiner Meinung nach, was mit „unserer Seite“ gemeint ist, was Sie in Anspruch nehmen.

**Thomas Landgraf:** Vonseiten des Kabinetts in diesem Fall, das ist „uns“.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Dass er kein Beispiel nennen konnte für Kooperationen, die abgelehnt wurden, wundert mich nicht ...

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Petzner, die Frage der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit Antworten stellt sich nicht im Falle einer eigenen Wortmeldung. Sie sind nicht mehr am Wort für eine Feststellung, sondern die Sozialdemokratie.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Bundeskanzler Faymann hat in seiner Einvernahme festgestellt, ich zitiere:

Grundsätzlich möchte ich zu sämtlichen Vorwürfen angeben, dass es meines Wissens nach keine Fälle gegeben hat, in denen der Auftrag an das Medium vom BMVIT gekommen ist, auch der Inhalt zur Gänze vom BMVIT gestaltet wurde und in weiterer Folge dann die Bezahlung durch die ÖBB oder die ASFINAG erfolgte. Ich hätte so eine Vorgangsweise auch nicht geduldet, weil mir ja durchaus bekannt ist, dass diese Vorgangsweise mit aktienrechtlichen Bestimmungen nicht in Einklang steht. – Zitatende.

In Anbetracht der Vorwürfe der Herren Deimek und Petzner, dass Sie sich fast in die inneren Vorgänge der ÖBB einmischen hätten sollen und wissen müssen, wer wo zustimmen kann: Haben Sie sich an diese Kultur im Ministerium gehalten, die da vom Kanzler erwähnt worden ist, dass man sich eben nicht in die inneren Vorgänge von ausgegliederten Unternehmen einzumischen hat, weil das die aktienrechtlichen Bestimmungen gar nicht zulassen?

**Thomas Landgraf:** Das sieht man ja schon daran, dass ich von diesem ganzen, was dann nachher passiert ist, wann irgendwer den Vorstand informiert hat et cetera, gar nichts wusste. Nein, für mich war das so, wie es der jetzige Bundeskanzler gesagt hat. Was intern war, weiß ich nicht. Was dann, nachdem die Leute bei mir hinausgegangen sind, wie der Herr Abgeordnete Pilz gesagt hat, offensichtlich wöchentlich, dann in den Unternehmen weiter gesprochen wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis, da ich nicht in diesen Unternehmen gearbeitet habe.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Ihnen war einfach absolut bewusst, dass man sich als Pressesprecher im Verkehrsministerium nicht in die inneren Abläufe der ÖBB oder ASFINAG einzumischen hat?

**Thomas Landgraf:** So ist das.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Ganz kurz, weil es der Herr Deimek angesprochen hat und Sie das auch schon kurz erläutern wollten: Er hat ja gesagt, dass der Herr Wohnbaustadtrat und dann Verkehrsminister vom tollen Image der ÖBB voll profitiert hätte, als er mit den ÖBB plakatiert oder inseriert worden ist; wobei man feststellen muss, bei der ASFINAG, laut Anmerkungen, ist er nicht unmittelbar vorgekommen. Aber die Frage ist: Wie war denn dann wirklich das Image der ÖBB? Und: Glauben Sie, dass er von diesem tollen Image bei der Übernahme profitieren hat können?

**Thomas Landgraf:** Das glaube ich nicht. Das Image der ÖBB war ziemlich übel. Es war nicht so, dass man gesagt hat, das sei ein Betrieb, wo jeder stolz ist, wo die Mitarbeiter gerne hingehen und so weiter. Es war eine ziemliche Verunsicherung dort. Es wurden dort in, glaube ich, sieben oder acht Jahren insgesamt ich-weiß-nicht-wie-viele Strukturreformen angerissen, dann wieder nicht durchgeführt, dann wieder umgestellt et cetera. Also von einem guten Image der Österreichischen Bundesbahnen kann man zum damaligen Zeitpunkt nicht sprechen.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Es ist ja das Stichwort „INNOVATIV“ angesprochen worden, dass Sie alles weitergesendet haben, was an Angeboten gekommen ist.

Vielleicht können Sie trotzdem noch einmal erläutern: Waren den Medien die aktienrechtlichen Vorschriften nicht bekannt, dass solche Angebote direkt ergehen sollen; oder war das einfach üblich, dass man sich zuerst an Sie gewandt hat und es dann eine Art Service-Funktion war, das an die zuständigen Stellen weiterzuleiten?

**Thomas Landgraf:** Ich denke, das ist genau so wie bei einem großen Unternehmen, bei einem großen Konzern, dass im Wesentlichen vor allem in der Beginnphase die Medien natürlich probieren, mit den direkten Ansprechpartnern – sozusagen der Holding oder in diesem Fall eben mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie – zu sprechen und ihre Vorschläge zu machen. Wir haben diese Vorschläge, die gekommen sind, dann auch an die jeweiligen Unternehmen weitergeleitet.

So war die Praxis, und ich denke, das ist wahrscheinlich kaum wo anders, kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen. In dem Unternehmen, wo ich jetzt arbeite, ist es auch im Wesentlichen so: Wenn ein Vorschlag zum Beispiel an unsere Holding, die echo medienhaus ges.m.b.h., herangetragen wird, der in meinen Bereich, zum Wiener Bezirksblatt, gehört, dann wird mir wahrscheinlich Christian Pöttler sagen: Das ist für dich. Kümmere du dich darum, denn es geht mich nichts an.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Kommen wir zum E-Mail vom 7. August 2007, bei dem wir vorhin unterbrochen haben, von Marc Zimmermann an Sie, Herr Landgraf:

„Die Geschichte mit Österreich und Frau Hofer konnte geklärt werden.“

Das ist genau diese Beilage zu „ÖSTERREICH“.

Weiters fragt Zimmermann von der ASFINAG den Herrn Landgraf aus dem Kabinett des Verkehrsministers:

„Wissen Sie, ob wir für diese Beilage Kosten einplanen müssen?“

Mit freundlichen Grüßen.“

Die ASFINAG weiß nicht, ob sie Kosten einplanen muss, aber der Faymann-Pressesprecher Landgraf weiß es und mailt zwei Stunden später um 12.50 Uhr an Marc Zimmermann zurück.

„Betreff: Antw: Österreich

Habe alles diesbezügliche mit DI Schedl besprochen. Es ist eine Kostenbeteiligung vorgesehen. Über die genaue Höhe kann ich Ihnen morgen bescheid geben.

Liebe Grüße

Thomas Landgraf“

Nun müssen wir das immer im Zusammenhang mit diesem Vorstandsprotokoll, aus dem ich ganz am Anfang zitiert habe, sehen, wo der Vorstand am 21. August 2007 feststellt, dass der Vorstand der ASFINAG auch bei diesem Punkt – der wird da aufgelistet – nicht in die Entscheidung einbezogen war. Das war alles hinter dem Rücken des ASFINAG-Vorstandes.

Zwei Tage später, nachdem offensichtlich nur der Herr Landgraf vom Faymann-Kabinett, aber nicht der Herr Zimmermann von der ASFINAG, weiß, ob die ASFINAG etwas zu zahlen hat für diese Beilage, wendet sich Frau Barbara Gaugl von „ÖSTERREICH“ an Alois Schedl in der ASFINAG. Das habe ich schon zitiert:

„Sehr geehrter Herr DI Schedl!

Anbei sende ich Ihnen, wie mit Herrn Landgraf (BMVIT) vereinbart, folgendes Angebot:  
Produkt: ‚INNOVATIV‘

(...) 16 Seiten

Druckkostenbeitrag: EUR 136.800.–“

Herr Landgraf, aus diesen drei E-Mails geht zweifelsfrei Folgendes hervor ...

**Thomas Landgraf:** Ich habe nur ein E-Mail da liegen.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aus diesen drei E-Mails geht zweifelsfrei Folgendes hervor: Erstens: Der Zuständige der Unternehmenskommunikation der ASFINAG wusste nichts. Zweitens, Sie haben das geklärt und haben ihm Bescheid gegeben, was das Ganze kostet, und die Frau Gaugl von „ÖSTERREICH“ bezieht sich auf eine Vereinbarung mit Ihnen und informiert den Herrn Schedl von der ASFINAG: 136 800 € sind fällig.

Später kommt noch Folgendes heraus: Ja, die ASFINAG muss das Ganze bezahlen.

Ich frage Sie nur Folgendes: Warum wussten Sie und nicht der zuständige Mitarbeiter der ASFINAG, dass zwischen „ÖSTERREICH“ und dem Kabinett des Verkehrsministers vereinbart war, dass sich die ASFINAG mit über 136 000 € an dieser Beilage beteiligt? Von wem wussten Sie das?

**Thomas Landgraf:** Höchstwahrscheinlich ist das Angebot an mich gegangen und ich habe es weitergeleitet an offenbar den Herrn Schedl.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Landgraf, das ist mit Sicherheit die **Unwahrheit**, weil es kein Angebot gegeben hat, das an Sie gegangen ist. Denn wenn der Herr Zimmermann nicht einmal etwas weiß von diesem Auftrag, dann kann er auch kein Angebot legen.

Ich möchte Sie jetzt auf Folgendes aufmerksam machen. Ich habe mir Ihren Satz, dass das Kabinett des Verkehrsministers nur angebahnt, aber nichts abgeschlossen hat, wörtlich aufgeschrieben, und für mich ist das ein wichtiger Punkt, weil – ich wiederhole – hier wirklich der Verdacht auf Unwahrheit besteht. Hier besteht wirklich der Verdacht auf die Unwahrheit, und ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass durchaus die Möglichkeit besteht, andernorts überprüfen zu lassen, ob Sie wahrheitsgemäß ausgesagt haben oder ob dem Beweise entgegenstehen. Diese Möglichkeit besteht, auf die weise ich nur hin und frage Sie jetzt weiter.

Es gibt einen Aktenvermerk – und der ist eigentlich das entscheidende Dokument, der erklärt nämlich alles, was da wirklich passiert ist bei dieser „ÖSTERREICH“-Beilage, die Wolfgang Fellner mit Werner Faymann vereinbart hat. Ich lasse Ihnen das wieder vorlegen.

„ASFINAG (...) Ukom“ – also Unternehmenskommunikation – „/MZI“ – das ist Marc Zimmermann, vom 10.8.2007.

„Betreff: Sonderbeilage ‚Österreich‘“

„Mit heutigem Tag erschien in der Tageszeitung ‚Österreich‘ eine Sonderbeilage zum Thema Verkehrssicherheit in Österreich.“

„Redaktionelle Inputs an die Redakteurin von ‚Österreich‘ (Frau Hofer) kamen von HDI und NDE.“ – Auf die gehe ich dann noch ein.

„Diese neuerliche Kooperation mit der Tageszeitung ‚Österreich‘ wurde durch das Kabinett von BM Faymann abgeschlossen und vereinbart.“

Ich weise Sie darauf hin, Herr Landgraf: Bis jetzt sind sie nur im Protokoll mit Ihrer Erklärung, dass vom Kabinett **nichts** abgeschlossen worden ist. Hier wird wörtlich festgestellt: „wurde durch das Kabinett von BM Faymann abgeschlossen und vereinbart.“

„Die Auftragsbestätigung wurde Herrn Schedl am 09. August 2008“ –

das sollte eigentlich 2007 heißen –

„übermittelt, der sie an die Ukom“ – also die Unternehmenskommunikation – „am 10.8.2007 zur Weiterbearbeitung weitergeleitet hat. Die Information über eine Kostenbeteiligung am vergangenen Dienstag 7.08.07 von Herrn Landgraf (Sprecher BM Faymann)“.

Und jetzt kommt ein ganz entscheidender Punkt, der überhaupt noch nicht öffentlich erörtert worden ist. Ich setze fort:

Nach einem Telefonat mit der Anzeigenleitung (Frau Gaugl) ist der Betrag von EUR 136 000.- anteilig zu sehen, da in der Sonderbeilage auch die Unternehmen Magna und Wiener Linien untergekommen sind.

Da die Rechnung in wenigen Tagen zugestellt wird, wird ersucht, dieser Kooperation zuzustimmen, die Rechnung zu zahlen und anteilig der VTG weiterzuerrechnen.“

Ich sage Ihnen, worum es da geht: Da drinnen (*der Redner hält einen Zeitungsteil in die Höhe*) haben Sie auch Magna – das ist eine Frage, die muss der Herr Stronach erklären, warum er sich an dieser Geschichte beteiligte und da überall mitgemacht hat –, da drinnen sind auch die Wiener Linien – das müsste uns eigentlich der Herr Faymann erklären, wie er die Wiener Linien dazu bringt, auch dafür zu zahlen –, aber hinten ist auch ein Inserat der Austrian Research Centers.

Die Austrian Research Centers, die heute anders heißen, haben damals wie heute zu 100 Prozent dem Verkehrsministerium gehört. Auch die Austrian Research Centers

sind offensichtlich vom Eigentümer dazu veranlasst worden, „Österreich“ mitzusubventionieren.

Das Gleiche gilt in anderen Beilagen für die Forschungsförderungsgesellschaft, die zu 50 Prozent dem Verkehrsministerium und zu 50 Prozent dem Wirtschaftsministerium gehört. Ich werde Sie in der Folge auch mit ähnlichen Zuwendungen vonseiten der von Faymann abhängigen FFG konfrontieren.

Und dann kommt ein weiterer Punkt dazu. In „ÖSTERREICH“ ...

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Pilz, an sich sind die 5 Minuten jetzt vorüber. Sie haben auch angekündigt, Sie werden weitere Vorhaltungen machen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Vorsitzender, ich brauche nur mehr ein oder zwei Sätze, dann stelle ich meine Frage und dann lasse ich es für diese Runde. *(Obmann Dr. Rosenkranz: Bitte!)*

Wesentlich ist, dass neben diesen fünf Beilagen, wo die 136 000 € vom Verkehrsministerium nur ein Zuschuss für die redaktionelle Erstellung sind, es noch zusätzlich jede Menge extra bezahlte Inserate – ohne Beschlüsse des Vorstandes – von ASFINAG, von Austrian Research Centers, von der Forschungsförderungsgesellschaft und in anderen Beilagen vom Flughafen Wien, von Austro Control – 100 Prozent Eigentum des Verkehrsministeriums – und einer ganzen Reihe von anderen abhängigen Organisationen gibt.

Ich frage Sie jetzt Folgendes: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, mit fast allen vom Verkehrsministerium abhängigen Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen Vereinbarungen über die Finanzierung von „ÖSTERREICH“ zu schließen, ohne dass es irgendwelche Beschlüsse der dazu befugten Organe gegeben hat?

Wer hat Ihnen im Kabinett, an der Spitze des Verkehrsministeriums, für diese Kooperationen den Auftrag gegeben? War das der Herr Faymann oder war das der Herr Ostermayer, wer von den beiden war es?

**Thomas Landgraf:** Ich habe keine Vereinbarungen abgeschlossen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie nicht darum gefragt. Ich habe Sie über die Abwicklung gefragt, wer Ihnen dafür den Auftrag gegeben hat: der Herr Faymann oder der Herr Ostermayer.

**Thomas Landgraf:** Die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit inhaltlicher Natur zwischen den verschiedenen Betrieben und, und, und war von Anfang an meine Aufgabe in diesem Ministerium.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat Sie damit bei diesen konkreten Projekten betraut? Ich habe Sie gefragt: der Herr Faymann oder der Ostermayer?

**Thomas Landgraf:** Das war meine Aufgabe in diesem Kabinett.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die Aufgaben fallen ja sogar im Verkehrsministerium nicht vom roten Himmel, mit denen wird man betraut. *(Thomas Landgraf: Das war von Anbeginn meine Aufgabe in diesem Kabinett!)*

Wer hat Sie, Herr Landgraf, damit betraut?

Zur Rücksprache und zu den ständigen Informationen an Ostermayer und Faymann, dazu kommen wir später. Dazu gibt es ja noch einiges zu sagen. Wer hat Sie damit betraut?

**Thomas Landgraf:** Ich bin Pressesprecher und damit war das Teil meiner Aufgaben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie meine Frage verstanden? Ich habe Sie gefragt, ob Sie Faymann oder Ostermayer mit diesen Aufgaben betraut hat. *(Thomas Landgraf: Ich habe nichts beauftragt!)*

Sie haben ohne Beauftragung – denn dann haben Sie das auf eigene Rechnung gemacht; das glaube ich zwar nicht ... *(Thomas Landgraf: Ich habe nichts beauftragt!)*

Ich habe Sie gefragt – wir werden uns ja zumindest auf eine gemeinsame Sprache einigen können –, wer Sie mit dieser Tätigkeit beauftragt hat: Faymann oder Ostermayer?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Der Herr Kollege Pilz hat jetzt eine Frage gestellt, nämlich ob Sie von Minister Faymann oder seinem Kabinettschef Ostermayer beauftragt wurden oder allenfalls von jemand anderen. *(Abg. Dr. Pilz: Allenfalls von jemand anderen, selbstverständlich!)*

**Thomas Landgraf:** Ich bin beauftragt worden, Pressesprecher des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zu sein. Damit bin ich beauftragt worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich sage Ihnen jetzt eines in aller Ruhe: Wir lassen uns in diesem Untersuchungsausschuss nicht pflanzen. Nur damit das einmal vollkommen klar ist. Sie haben eine Verantwortung. Diese Verantwortung ist durch Akten dokumentiert.

Ob ich nach Ihrer Befragung eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft wegen möglichen Verdachts auf falsche Zeugenaussage schicke, das ist ein völlig anderes Kapitel, das möchte ich jetzt noch nicht beantworten, weil ich Ihnen noch die Möglichkeit geben möchte, eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten, aber eine Frage möchte ich beantwortet haben, und darauf bestehe ich: ...

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege! *(Abg. Dr. Pilz: Ich sage immer „Verdacht“!)* Ja! Bei Ihrer ersten Fragerunde war es schon klar: Am Anfang, bei Ihrer ersten Darstellung, haben Sie ganz klar die **Unwahrheit** der Aussagen behauptet. Sie haben das dann zwei, drei Sätzen später dadurch relativiert, dass es sich dabei um einen **Verdacht** handelt.

Also ich würde bitten, dabei zu bleiben *(Abg. Dr. Pilz: Na selbstverständlich!)*, dass es sich hier um subjektive Meinungen ihrerseits handelt. Das kann man in Zukunft vielleicht auch von vornherein sagen, weil es bei der Auskunftsperson eine gewisse Unruhe *(Abg. Dr. Pilz: Natürlich!)* hervorgerufen hat, wodurch aufgrund diese Unruhe dann bei der Befragung unter Umständen eine Ihrer Fragen nicht richtig verstanden wird.

Jetzt ist es durchaus zulässig, dass Sie sagen, Sie können Ihre diversen Schlüsse daraus ziehen und auch diverse Schritte machen. Bitte, das nicht einschüchternd zu gebrauchen. Es genügt, wenn die Auskunftsperson darauf aufmerksam gemacht wird, so wie bereits vor Eingang in die Befragung, dass sie hier unter Wahrheitspflicht steht. Auch die Rechtsfolgen einer allfällig falschen Aussage sind der Auskunftsperson durchaus bewusst gemacht worden. Ich denke, sie wird danach handeln.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das hoffe ich! – Trotzdem, Herr Vorsitzender, ich bleibe schon dabei: Ich möchte auf konkrete Fragen konkrete Antworten.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Das ist Ihr gutes Recht: Konkrete Frage – konkrete Antwort.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Vorsitzender! Ich erinnere, und das geht ja ganz geschwind, ich habe einen Satz vorgelesen: Diese neuerliche Kooperation mit der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ wurde durch das Kabinett von Bundesminister Faymann abgeschlossen und vereinbart. – Das ist eine eindeutige, klare und unmissverständliche Feststellung. Was ich wissen wollte, ist **nicht**, wie die Auskunftsperson Pressesprecher geworden ist. Das ist eine andere Frage, die habe ich nicht gestellt, sondern:

Wer hat seitens des Kabinetts von Bundesminister Faymann diese neuerliche Kooperation mit der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ abgeschlossen und vereinbart?

Der Pressesprecher muss nach der Schilderung seiner Tätigkeiten und Zuständigkeiten zumindest wissen, wer das getan hat, weil er ja in der Folge das Ganze persönlich abgearbeitet hat.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Das ist eine Schlussfolgerung von Ihnen. Die konkrete Frage ist, ob die Auskunftsperson weiß, wer die Vereinbarung geschlossen hat.

**Thomas Landgraf:** Da das ein Aktenvermerk von Herrn Zimmermann ist, würde ich Herrn Zimmermann fragen, wie er diese Passage meint.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Auskunftspersonen dürfen keine Gegenfragen stellen! Wenn die Auskunftsperson Zimmermann kommt, haben alle Abgeordneten jede Möglichkeit, diese zu befragen. Peter Pilz hat gefragt, ob Sie wissen, wer diese Vereinbarung, auf die sich Herr Marc Zimmermann bezieht, seitens des Kabinetts abgeschlossen hat.

**Mag. Thomas Landgraf:** Nein, das weiß ich nicht.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Damit sind jetzt an sich die Fragerunden beendet.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung):** Herr Vorsitzender! Ich habe es vorhin im kleinen Kreis schon angekündigt und ich habe es bei meiner Einleitung auch gesagt: Da ist noch sehr viel zu fragen, auch Herrn Landgraf konkret, weil er an vielen Stellen in den Akten vorkommt und dazu aus Zeitgründen noch keine Fragen gestellt worden sind. Deswegen ersuche ich, wie wir das vereinbart haben, um eine kurze Unterbrechung und eine Besprechung der Fraktionsführer, um die weitere Vorgangsweise zu klären.

**Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung):** Schon vor Wochen und Monaten, in vielen Fraktionsführerrunden und Geschäftsordnungsdebatten auch in Beisein des Herrn Verfahrensanwalts haben wir gesagt: Suggestivfragen soll man eigentlich nicht stellen. Das ist Allgemeingut. Damit waren alle einverstanden. Darum würde ich wirklich appellieren: Das haben wir nicht notwendig! Genauso haben wir nicht notwendig, dass zehnmals oder fünfzehnmals dieselbe Frage gestellt wird. Ich werde keinem Abgeordneten sein Fragerecht bestreiten, aber so kann man die Zeit auch verbrauchen und dann behaupten, dass wir für irgendetwas keine Zeit haben. Jeder hat mehrfach dieselben Fragen gestellt, die in Wirklichkeit alle schon beantwortet worden sind.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Ich gebe jetzt nur bekannt: Es handelt sich um eine Geschäftsordnungs-Debatte. Da war es bisher immer Usus, dass nach der ersten Wortmeldung reihum alle Fraktionen drangekommen sind. Wenn sich dann noch der



Bedarf zu weiteren Erörterungen ergeben hat, wurde die Medienöffentlichkeit ausgeschlossen. So werde ich auch jetzt vorgehen.

Als Nächster zu Wort gemeldet in dieser Geschäftsordnungsrunde ist Kollege Petzner. – Bitte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Ich ziehe diese zurück, damit wir die Medienvertreter jetzt nicht wieder aufstehen und niedersetzen lassen müssen.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Eine Wortmeldung dürfen Sie machen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Gut, dann schlieÙe ich mich dem Wunsch des Kollegen Pilz auf Sitzungsunterbrechung an. Auch wir haben noch sehr viele Fragen. Es sind nicht alle Fragen beantwortet, Herr Pendl, Kollege Pendl. Im Gegenteil! Herr Landgraf ist laut Aktenstudium doch eine ganz, ganz zentrale Figur, und auch wir hätten noch einige Fragen an Herrn Landgraf, die wir gerne in einer zusätzlichen Runde stellen würden.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? – Grundsätzlich ist es so, dass das Zeitkorsett, das wir uns gegeben haben, mit den sieben und fünf Minuten eine Richtlinie ist. – (Die Auskunftsperson wendet sich an den Vorsitzenden.) – Selbstverständlich dürfen Sie das Lokal für irgendwelche Bedürfnisse kurz verlassen.

Grundsätzlich ist es so, dass das nur ein Korsett ist. Man kann Abgeordnete aufgrund der Geschäftsordnung in keiner Weise irgendwo beschränken. Es hat sich durchaus als sinnvoll erwiesen, dass die Gestaltung der weiteren Befragung – wie viele Fragen, wie viel Zeit wird erforderlich sein – in einer Fraktionsführerrunde besprochen wird.

Ich komme daher dem Ersuchen nach und **unterbreche** die Sitzung für eine Fraktionsführerbesprechung.

\*\*\*\*\*

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.45 Uhr **unterbrochen** und um 16.57 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz** *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass man übereingekommen sei, zunächst dem BZÖ etwa 3 bis 4 Minuten Fragezeit einzuräumen. – Bitte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Landgraf, nur noch ein paar zusätzliche Fragen, um das Bild abzurunden. Kommen wir auf das Beispiel „Kleinen Zeitung“ zurück, damit wir den Komplex einmal abgeschlossen haben.

Sie haben mehrmals ausgesagt, dass Sie das immer nur weitergeleitet haben. Wie können Sie sich dann folgende Kritik erklären? Bei diesem Auftrag an die „Kleine Zeitung“, bei dem sich der Anzeigenverkäufer dezidiert auf Sie beruft, stellt die Konzernrevision der ASFINAG fest – Zitat –: Fehlende Freigabe des Auftrages durch den Vorstand.

Sie sagen, Sie haben das dorthin weitergeleitet und die hätten das genehmigen müssen oder hätten das getan. Wie kommt dann die ASFINAG-Revision darauf, zu sagen, es gab gar keine Freigabe durch den Vorstand. Wer hat denn sonst die Freigabe für diese tatsächlich erschienene Beilage der „Kleinen Zeitung“ erteilt?

**Thomas Landgraf:** Ich habe nicht in der ASFINAG gearbeitet, daher kann ich diese Frage nicht beantworten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ihre Ansprechperson war immer oder hauptsächlich Herr Schedl. Fasse ich das so richtig zusammen? Schedl beziehungsweise Sattlberger waren Ihre beiden Hauptansprechpersonen?

**Thomas Landgraf:** Nein. Meine beiden Hauptansprechpersonen waren Herr Zimmermann beziehungsweise Herr Sattlberger.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zimmermann, Sattlberger. War Herr Zimmermann damals Vorstand der ASFINAG oder nicht? (*Thomas Landgraf: Nein!*) – War er nicht. Wer konnte das dann genehmigt haben?

**Thomas Landgraf:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die Konzernrevision schreibt, es gab gar keine Genehmigung durch den Vorstand. Können Sie sich das erklären?

**Thomas Landgraf:** Das ist eine ASFINAG-interne Geschichte. Die kann ich nicht erklären, da ich nicht in der ASFINAG gearbeitet habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie nie Wahrnehmungen dazu gehabt, dass Sie Medienkooperationen umgesetzt haben, die seitens des Vorstands gar nie genehmigt wurden. Keine Wahrnehmungen?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmungen. Nein.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann helfe ich Ihren Wahrnehmungen ein bisschen, schließe an das an und komme zu den Aussagen Herrn Dirnbachers, der als Zeuge vor der Staatsanwaltschaft Folgendes ausgesagt hat. Dirnbacher war damals, das zur Erklärung, Leiter der Presseabteilung und Pressesprecher der ASFINAG, also überhaupt der Chef im Bereich Medienkommunikation für die ASFINAG. Was sagt also Herr Dirnbacher in seiner Zeugenvernehmung unter Wahrheitspflicht?

„Als FAYMANN Verkehrsminister wurde, ist es im Gegensatz zu vorher dazu gekommen, dass zu meinen Themenbereichen Inserate erschienen sind, in deren inhaltliche Gestaltung ich nicht eingebunden war und von denen ich nichts gewusst habe. Das war vorher nie der Fall.“

Ich spreche wieder von diesem Systemwechsel, der da stattgefunden hat, als der Herr Faymann Verkehrsminister wurde. Dirnbacher spricht dann weiter von einer „ungewöhnliche(n) Vorkommensweise“ und sagt dann, er habe diesbezüglich auch mit Zimmermann und Reichhold gesprochen, und diese hätten ihm zu den Inseraten mitgeteilt, dass deshalb seitens der ASFINAG nichts vorliege, weil, „die Inserate von BMVIT in Auftrag gegeben wurden und noch mehr solche erscheinen würden.“

Weiters sagt dann Dirnbacher: „Am Anfang herrschte bei diesen beiden Ansprechpartnern von mir Verwirrung über diesen Umstand, weil wir nicht damit gerechnet haben, dass so etwas eintreten würde, zumal es nach meiner Information ja klar war, dass die ASFINAG trotz mangelnder Auftragserteilung die Inserate bezahlt.“

Also, da wundert man sich in der ASFINAG schon über diese neue Vorgehensweise unter Verkehrsminister Faymann. Und jetzt kommt es – dazu möchte ich Sie jetzt fragen, da hat es scheinbar in der ASFINAG eine ziemlichen Wirbel gegeben –, denn dann sagt Dirnbacher:

„Meiner Information nach hat Marc ZIMMERMANN dann mit unseren beiden Ansprechpartnern im BMVIT“ –

also der Zimmermann, den Sie auch genannt haben, spricht dann mit den beiden Ansprechpartnern im BMVIT, das sind wiederum der Thomas Landgraf, also Sie, und Claudia Niedermühlbichler –

„ein klärendes Gespräch geführt.“

Können Sie sich an dieses klärende Gespräch erinnern, dass der Herr Zimmermann mit Ihnen und Frau Niedermühlbichler geführt hat? Wann hat er das geführt, was wurde da geredet, und was ist da herausgekommen?

**Thomas Landgraf:** Kann ich das sehen?

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

An dieses Gespräch kann ich mich konkret nicht erinnern, möchte aber, das habe ich jetzt gerade gelesen, auch darauf verweisen, dass der Herr Dirnbacher in dieser Einvernahme auch zu Protokoll gibt, dass er eigentlich nicht für diesen Themenbereich zuständig gewesen wäre.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Daran können Sie sich nicht erinnern. Dirnbacher sagt auch, und damit setze ich jetzt fort,

„dass dieses klärende Gespräch zu keinem Ergebnis geführt hat“.

Und dann sagt Dirnbacher weiter: „In weiterer Folge soll es nach Erzählungen (...) wegen dieser Auftragserteilungen durch das Ministerium im BMVIT zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen zwei ASFINAG-Vorständen, angeblich TRATTNER und LÜCKLER, sowie den Beschuldigten FAYMANN und OSTERMAYER gekommen sein.“

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen zu dieser lautstarken Auseinandersetzung, diesem Streit zwischen den beiden ASFINAG-Vorständen und Ostermayer und Faymann?

Dirnbacher sagt dann, dass dieser Streit „sich relativ rasch nach der Angelobung von FAYMANN zugetragen hat“.

Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen im Rahmen Ihrer Pressesprecherfunktion, dass da irgendwann, gleich nachdem Faymann angelobt wurde, dieser Systemwechsel von korrekter Inseratenvergabe in Richtung Inseratenkorruption stattgefunden hat?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Petzner, Ihr Schlussplädoyer in allen Ehren, aber stellen Sie jetzt bitte die Frage und lassen Sie nicht Ihren Vermutungen oder sonst etwas freien Lauf! Das Zeitkontingent, das Sie jetzt haben ... *(Abg. Petzner: Wir sind gleich fertig!)* Wir sind schneller fertig, und wirklich gleich fertig, wenn Sie einfach die Fragen stellen und vielleicht auch manche Wiederholungen in den Fragen weglassen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also: Haben Sie Wahrnehmungen zu diesem angeblichen Streit?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nie davon gehört? *(Thomas Landgraf: Nein!)* – Dann geht es da weiter:

„... wobei diese Auseinandersetzung zur Folge hatte, dass Alois SCHÄDEL,“ –

und da haben wir jetzt diesen Schädel als Schlüsselfigur –

„der damals Geschäftsführer der BMG war, Ansprechpartner der ASFINAG für das BMVIT wurde und es keine Kooperation in diesem Bereich mehr zwischen den Vorständen und dem BMVIT gegeben hat.“

Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass dann plötzlich die Kompetenzverteilung in Richtung der genannten Person geändert wurde?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Damit komme ich zur vorletzten Frage: Können Sie ausschließen – nachdem auch dieser zitierte Streit, dieser Konflikt zwischen ASFINAG-Vorständen und Faymann, beziehungsweise Ostermayer damit zusammenhängt –, dass die Verträge der ASFINAG-Vorstände vorzeitig aufgelöst und 280 000 € Steuergeld pro Vorstand vom damaligen Verkehrsminister Faymann bezahlt wurden, nur um diese beiden Vorstände loszuwerden?

Können Sie sich vorstellen, dass die beiden Vorstände Lückler und Trattner beziehungsweise dann in weiterer Folge auch Reichhold deswegen vorzeitig mit 280 000 € in die Wüste geschickt wurden, weil sie die Inseratenwünsche des Herrn Faymann nicht umgesetzt haben?

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Herr Kollege Petzner, Sie haben nach den **Vorstellungen** der Auskunftsperson gefragt. Können Sie die Frage so formulieren ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie **Wahrnehmungen** dazu, dass es da einen Zusammenhang gibt?

**Thomas Landgraf:** Nein. Nachdem ich zu diesem angeblichen Streit keine Wahrnehmungen habe, habe ich auch keine Wahrnehmungen zu den Zusammenhängen in diesem Streit.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe Sie nach den 280 000 € und der vorzeitigen Ablöse gefragt. Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen, warum diese Vorstände von Faymann mit 280 000 € nachgeworfenem Steuergeld vorzeitig vor die Tür gesetzt wurden? Haben Sie Wahrnehmungen, warum diese Ablöse stattgefunden hat?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie waren ja Pressesprecher. Das war damals ganz, ganz groß in den Medien.

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Kollege Petzner, Sie haben die Antwort bereits gehört. Die Auskunftsperson hat dazu keine Wahrnehmung – egal, ob sie Pressesprecher war oder Zeuge auf der Straße. Er hat gesagt, er hat dazu keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die allerletzte Frage, bei der ich noch einmal auf diese Sonderbeilage zum Bahnhof Wien in der Zeitschrift „NEWS“ vom 21.06.2007 zurückkommen möchte.

Ist es korrekt, dass „NEWS“ die Rechnung für diese 24-seitige Sonderbeilage an Sie ins Ministerium geschickt hat? Können Sie sich an eine solche Rechnung erinnern?

**Thomas Landgraf:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Denn der Herr Lenzbauer, damals Anzeigenleiter von „NEWS“, sagt – Zitat – :

Es gibt auch einen schriftlichen Auftrag und eine an das BMVIT, zuhanden Herrn Landgraf gerichtete Rechnung über den genannten Betrag. – Zitatende.

Der Herr Lenzbauer sagt als Zeuge unter Wahrheitspflicht, dass die Rechnung für diese Sonderbeilage direkt an Sie ergangen ist.

Haben Sie jemals eine solche Rechnung bekommen? Und was hat das BMVIT mit dieser Rechnung für die 24-seitige Sonderbeilage vom 21.06.2007 gemacht?

**Thomas Landgraf:** Ich kann mich nicht erinnern, so eine Rechnung bekommen zu haben. Daher kann ich auch nicht sagen, was ich damit gemacht habe oder was damit passiert ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es wäre spannend gewesen, wenn Sie sich daran erinnern hätten, denn – und ich schließe noch eine ganz kurze Frage an –, das ist am 21.6.2007 geschaltet worden und die Rechnung, sagt Lenzbauer unter Wahrheitspflicht, ist direkt an Sie gegangen. Bezahlt wurde das Ganze dann aber erst ein Jahr später, nämlich Ende 2008, da seitens des Ministeriums eine Zahlung dieser 58 000 Euro verweigert wurde und es letztendlich dann ein Jahr später von der ÖBB bezahlt werden musste.

Warum hat das BMVIT diese Beilage vereinbart, sich dann aber ein Jahr lang geweigert, die Rechnung dafür, nämlich diese 58 000 Euro zu bezahlen?

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

**Thomas Landgraf:** Nachdem ich mich an die Rechnung nicht erinnern kann, kann ich mich auch an keine Umstände um die Rechnung herum erinnern, weil sonst würde ich mich wohl an die Rechnung erinnern können.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Herr Landgraf, Sie haben ja, wie Sie eingangs auf die Fragen des Abgeordneten Amon feststellten, die Medienkooperationen nicht abgeschlossen. Sie wissen ja, unsere Kernfrage, die sich noch zehnmal wiederholen wird, heißt immer wieder: Wer hat sie im Kabinett abgeschlossen?

Ich kann Ihnen ja wieder mit einigen Aktenvermerken auf die Sprünge helfen, weil dann vielleicht Ihre Erinnerung etwas lebendiger wird, konkret mit dem Medienkooperationsvertrag, Aktenvermerk 26.6.2007, Zimmermann-ASFINAG.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Da wird darauf hingewiesen: „Folgende Kooperationen wurden seitens des Kabinetts von BM Faymann geschlossen.“

Immer: „seitens des Kabinetts.“

Unsere Frage zielt ja immer auf die unsichtbare Hand, die da irgendwo Kooperationen abschließt.

Da heißt es, die Details lassen wir weg: „Gewinn: 2 Seiten“, „Österreich: 1 Seite“, „Kleine Zeitung: 16 Seiten“, „Life (Beilage zu HEUTE): 8 Seiten“. – Zitatende.

Und unten ist dann vermerkt, darum stelle ich die Frage an Sie:

„In keinen der Advetorials oder Inseraten kommt BM Faymann vor. Absender der Texte ist die ASFINAG. Die Fakturierung erfolgt über die ASFINAG. Themenauswahl und Themenvorschlag erfolgt über uns; Freigabe der Texte erfolgt über das Kabinett“.

Das ist eine Tätigkeit, die Sie vollzogen haben. Warum ist es notwendig, dass, wenn eigentlich ohnehin die ASFINAG alles macht – sie zahlt, sie gibt den Auftrag, und so weiter und so fort – dann die Freigabe der Texte über das Kabinett erfolgt? Könnten Sie mir das sagen?

Als Ansprechpartner für diese Medienkooperation stehen dann Sie: „Pressesprecher Thomas Landgraf und Herr Marcin Kotlowski“.

Warum erfolgt über Sie die Freigabe, wenn die ASFINAG Herr im eigenen Haus, über das eigene Geld und über die eigenen Aufträge ist?

**Thomas Landgraf:** Die Freigabe der Texte ist insofern über uns erfolgt, als dass es damals auch weitestgehend bei diesen Medienkooperationen, an die ich mich erinnern kann, zumindest teilweise um Vorhaben aus dem neu verhandelten oder gerade in Neuverhandlung befindlichen Rahmenplan gegangen ist.

Das heißt, es war hier die Abstimmung notwendig, weil wir hier einfach einen Informationsvorsprung gegenüber den Unternehmen ÖBB und ASFINAG hatten und sich da die Dinge relativ regelmäßig verschoben haben – ich glaube, das war damals eine Tour vom Herrn Bundesminister über drei Monate oder so. Deswegen war es einfach sicherer, damit nichts Falsches drinnen steht, dass wir das durchsehen, sofern es den Rahmenplan betroffen hat oder Dinge, die gerade politisch neu verhandelt waren.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Dann lege ich Ihnen noch eine Anzeigenrechnung vom 13.7.2007 vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)*

Sie ist wirklich höchst interessant. Denn da geht es nicht nur um einen gewissen Betrag, sondern diese Rechnung trägt auch so ein Pickerl – wahrscheinlich nennt man das Post-it – vom 8.8.2007. Sie sehen es ja in der faksimilierten Version. Und da steht wieder drauf: Rckum – Wer hat Auftrag genehmigt? – Zitatende.

Also, das fragt sich jetzt schön langsam auch die ASFINAG, und es ist immer wieder dieselbe Frage: Wer hat den Auftrag genehmigt?

Ist Ihnen das vielleicht doch besser in Erinnerung, weil Sie ja noch im August im Ministerium tätig waren? Und selbst bei diesen Rechnungslegungen stellt sich immer die Frage: Wer hat den Auftrag genehmigt.

**Thomas Landgraf:** Man muss davon ausgehen, dass die ASFINAG den Auftrag genehmigt hat, sonst wäre wohl die Rechnung nicht an die ASFINAG gegangen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Damit bin ich bei meiner letzten Frage. Die ASFINAG hat dann ja eine Revision vornehmen lassen. Da gibt es ja auch diesen Revisionsbericht Sonderprüfung. Die Sonderprüfung war am 9. August 2007. Abgeordneter Petzner hat schon zwei Kleinigkeiten daraus zitiert. Ich darf Ihnen noch zum Punkt 3, Feststellungen, zwei Absätze zur Kenntnis bringen und daran die Frage knüpfen.

Bei den Feststellungen steht:

„Die zugrunde liegende Leistung wurde nicht von der ASFINAG schriftlich in Auftrag gegeben.“ – Schon wieder einmal! –

Und: „Der Auftrag wurde vom Büro BM Faymann direkt“ –

der Zeitung, der Regionalzeitung erteilt und dieser – „gegenüber mitgeteilt, dass die Rechnung an ASFINAG zu richten sei. Das ausführliche Telefonat eines Redakteurs (...) mit Hrn. Zimmermann könnte von der (...)“ Zeitung „implizit als Zustimmung zu dieser Vorgangsweise durch die ASFINAG gewertet werden. Die Leistung wurde vollständig erbracht. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen eines allfälligen Gerichtsverfahrens festgestellt wird, dass die ASFINAG Schuldner

hinsichtlich des obgenannten Betrages ist. Die Konzernrevision empfiehlt daher, den offenen Betrag zu bezahlen.“

Und dann kritisiert die Konzernrevision, dass an sich nicht der rechtlich notwendige Weg in der ASFINAG beschritten worden ist:

„Diese Art der Auftragserteilung entspricht nicht dem Regelprozess.“

Und zum Schluss steht noch im letzten Absatz: „Der Abteilung UKOM muss zugute gehalten werden, dass hier auf Eigentümerebene Entscheidungen getroffen wurden, die eigentlich mit den zuständigen Vorständen abgestimmt hätten werden müssen. Es fand lediglich eine Übermittlung einer Auftragsbestätigung von Herrn Schedl (GF BMB) – erteilt durch das Kabinett BM Faymann – an Herrn Zimmermann statt.“

Es ist immer wieder: Kabinett, Bundesminister Faymann – die unsichtbare Hand, die Sie uns vielleicht doch zu identifizieren helfen.

Und dann zum Schluss: „Eine Bestellung durch Externe (Büro BM Faymann)“ – schon wieder! – „auf Kosten Dritter (ASFINAG) hat ohne vorherige Zustimmung (durch die gemäß Unterschriftenregelung Zuständigen – in diesem Fall der Vorstand der ASFINAG) nicht stattzufinden. Vor endgültiger Bezahlung der Rechnung wurde – wie in der Unterschriftenregelung vorgesehen – der Vorstand um Freigabe ersucht.“

Wieder ein Dokument, das zeigt, wie hinter dem Rücken des Vorstands vorgegangen wurde, alles sozusagen auf Geheiß dieses ominösen Büro Faymanns.

Könnten Sie mir sagen, wer das Büro Faymann geleitet hat und für das Büro Faymann letztverantwortlich ist?

**Thomas Landgraf:** Wollen Sie den Büroleiter hören oder wollen Sie den Bundesminister hören?

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Die Leitung des Büro Faymanns. Es gibt ja einen Kabinettschef.

**Thomas Landgraf:** Der Bundesminister und der Kabinettschef.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Sie nennen mir beide. Vielleicht beim Namen, das wäre freundlich. Aber bitte.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe ja kurz diese Geschichte angedeutet, warum Schedl und warum nicht mehr Trattner und Lückler, also die zwei nicht Faymann-konformen Vorstände der ASFINAG, die nicht bei jedem Wink des Ministers gleich das Unternehmen zahlen haben lassen, sondern Widerstand geleistet haben.

Und da sagt der Herr Harald Dirnbacher in seiner Zeugenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Wien. In weiterer Folge soll es nach Erzählungen, nach eigener Wahrnehmung kann ich das nicht bestätigen, wegen dieser Auftragserteilungen –

das sind genau die Auftragserteilungen, über die wir heute sehr ausführlich miteinander gesprochen haben –

durch das Ministerium im BMVIT zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen zwei ASFINAG-Vorständen, angeblich Trattner und Lückler, sowie dem Beschuldigten Faymann und Ostermayer gekommen sein, wobei diese Auseinandersetzung zur Folge hatte, dass Alois Schedl, der damals Geschäftsführer der BMG war, Ansprechpartner der ASFINAG für das BMVIT wurde und es keine Kooperation in diesem Bereich mehr zwischen den Vorständen und dem BMVIT gegeben hat. – Zitatende.

Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf, wie ohne die Vorstände und hinter dem Rücken der Vorstände der ASFINAG, die damals noch im Amt waren, diese ganzen Verträge abgeschlossen werden konnten? War Ihnen das bekannt? (*Thomas Landgraf: Kann ich das sehen, worauf Sie sich da berufen?*) – Gerne.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Es ist an sich derselbe Vorhalt, den kurz vorher Kollege Petzner gebracht hat, allerdings war eine andere Frage daran geknüpft. Um Wiederholungen zu vermeiden, könnte man vielleicht einen direkten Verweis machen, dann hat man die Passage ein wenig kürzer.

**Thomas Landgraf:** Ich habe vorhin schon gesagt, das habe ich nicht mitbekommen. Ich habe keine Wahrnehmung dazu. Ehrlich gesagt habe ich mich damals nicht sehr mit der Frage der Vorstände in den Unternehmen beschäftigt, sondern mit der Medienarbeit.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich verstehe schon, Herr Landgraf. Ich würde auch lieber andere Leute dazu befragen. Sie haben halt ein bisschen ein Pech, aber da sitzt Kollege Pendl, der darauf achtet, dass der für die SPÖ sicherlich unangenehme ehemalige Vorstandsdirektor Trattner nicht geladen wird, Herr Lückler kommt nicht, andere beteiligte Personen werden auch nicht geladen. Herr Dirnbacher, der ein wichtiger Belastungszeuge wäre, darf auch nicht geladen werden. Wir haben eben dieses Problem, und deswegen müssen wir in bestimmten Situationen dann, wenn sich die SPÖ eine für sie möglichst günstige Zeugenliste gebastelt hat, Personen fragen, die möglicherweise gar nicht die direkten Wahrnehmungen haben. Ich wollte Ihnen das nur erklären, damit Ihnen klar ist, warum ich dazu Sie befrage. Ich würde wirklich lieber andere Leute befragen.

Wozu ich aber Sie persönlich befragen kann, weil Sie da eine Rolle gespielt haben: Aktenvermerk ASFINAG, 3.7.2007, über ein Gespräch zwischen Lückler und Tageszeitung „ÖSTERREICH“, Herrn Chefredakteur und Herausgeber Wolfgang Fellner und Herrn Gert Edlinger vom 2.7.2007, 12.30 Uhr. Es geht um die berühmte Vignetten-Aktion. Das werden wir mit einer anderen Auskunftsperson machen.

Unter „geplante Serviceseite“ –

ich lese Ihnen das ganz vor; wenn Sie beim Aktenvermerk auf die erste Seite ganz unten schauen –,

unter „geplante Serviceseite“ kommt:

Er –

also Fellner –

habe auch vor, mit Herrn Bundesminister Faymann analog zur „Kronen Zeitung“ einen Teil unter dem Motto „Auto-Ombudsmann“ zu gestalten. – Zitatende.

Man muss sich das so vorstellen: Herr Fellner sieht, die „Kronen Zeitung“ verdient viel Geld mit dem ÖBB-Ombudsmann Faymann und sagt: Ein bisschen etwas hätten wir auch gerne, wir machen ihn zum Auto-Ombudsmann. In diesem Bereich gäbe es die Möglichkeit, dass Herr Bundesminister Faymann auf spezielle Fragen zu Autobahnen und Schnellstraßen Antworten gibt.

Jetzt mache ich einen Sprung, ganz unten auf der nächsten Seite:

Fellner weist darauf hin, dass er mit der Sonntagsseite sehr rasch beginnen möchte. Er sei im Hinblick auf seine Zusagen an Herrn Bundesminister Faymann bereits in Verzug. – Zitatende.



Herr Landgraf, wissen Sie, um welche Zusagen von Herrn Fellner an Bundesminister Faymann es sich da gehandelt hat?

**Thomas Landgraf:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Lesen wir gemeinsam weiter!

In der Festlegung der weiteren Vorgangsweise teilt Lückler –

also der ASFINAG-Vorstand Lückler –

Fellner mit, dass er unmittelbar nach diesem Gespräch mit dem Kabinett Faymann, Dr. Ostermayer oder T. Landgraf, diesbezüglich Kontakt aufnehmen werde, um eine Abstimmung herbeizuführen. – Zitatende.

Lückler von der ASFINAG sagt also, er wird das Ganze, also die Zusagen Faymanns, die sich meiner Meinung nach auf diesen Auto-Ombudsmann, aber auch auf anderes, Vignetten und so weiter, beziehen, jetzt im Kabinett Faymann mit Herrn Dr. Ostermayer oder mit Herrn Landgraf besprechen.

Ich kann Sie nur fragen: Hat Herr Lückler diese Fellner-Wünsche mit Ihnen besprochen?

**Thomas Landgraf:** Nicht, dass ich wüsste. Ich kann mich nicht erinnern, dass so etwas stattgefunden hätte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das ausschließen?

**Thomas Landgraf:** Also ehrlich gesagt, eher schon, meiner Einschätzung nach schon.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich will Sie nicht in eine unmögliche Situation bringen. Sie können es „eher schon ausschließen“, reicht mir vollkommen. Es kann ja wirklich einen Rest an Nichterinnerung geben.

ASFINAG-Protokoll, Besprechungsprotokoll vom 9. August 2007, ein Jour fixe:

Wien, 8.8.2007, Teilnehmer: Niedermühlbichler, BMVIT, ... –

Wer ist Niedermühlbichler, BMVIT? (*Thomas Landgraf: Das war meine Kollegin in der Anfangszeit in der Presseabteilung*) – Genau.

... Lückler, Zimmermann, Dirnbacher – und dann eine ganze Reihe anderer Personen.

Weiter hinten, auf der vorletzten Seite – haben Sie das vor sich? –, haben Sie als vorletzte Eintragung, rechts davon steht MZi – das heißt, das ist eine Bemerkung von Herrn Zimmermann –:

Kooperation Tageszeitung „ÖSTERREICH“, „ÖSTERREICH“ buhlt um ASFINAG, zuständig für Kooperationen im Kabinett Bundesminister Faymann ist Herr Kotlowski.

Nach Gesprächen zwischen Vorstandsdirektor Lückler und Herrn Fellner, Edlinger und Marc Zimmermann und Herrn Niedermayer werden Kooperationen in Zukunft immer mit dem Kabinett abgestimmt. – Zitatende.

Wissen Sie etwas über diese Vereinbarung, dass Kooperationen zwischen ASFINAG und „Österreich“ nach diesen Unstimmigkeiten mit Herrn Fellner in Zukunft *immer* – das ist nämlich eine andere Qualität –, immer mit dem Kabinett abgestimmt werden, dass ASFINAG nicht einmal mehr direkt Kooperationen macht mit irgendeiner Zeitung, sondern die Verpflichtung eingeht, das immer mit dem Kabinett abzustimmen? Wissen Sie etwas darüber?

**Thomas Landgraf:** Nein, darüber weiß ich nichts. Ich darf darauf verweisen, dass ich bei dieser Besprechung nicht anwesend war und dass ich darüber hinaus – ich glaube, am 8.8., ich weiß nicht, aber es wird so um die Zeit gewesen sein – auch schon die

einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem BMVIT unterschrieben habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das würde zeitlich ungefähr passen, weil Sie noch Ihren Resturlaub konsumiert haben und Herr Kotlowski Ihr Nachfolger war.

Ein Letztes, dann sind wir da durch.

Protokoll der 215. Vorstandssitzung vom 9. Oktober 2007, ASFINAG-Vorstandssitzung, erste Seite ganz unten:

AV von M. Zimmermann vom 4.10.2007: Medienkooperation „ÖSTERREICH“ – ich habe es mir nicht ausgesucht, Medienkooperation „ÖSTERREICH“, wie das so schön heißt, das ist fast immer das, was sich durchzieht –:

FLu –

das ist Lückler –

informiert über eine aktuelle Medienkooperation mit dem Zeitungsverlag Österreich im Ausmaß von 70 000 €. Diese wurde von Herrn Kotlowski, Kabinett Bundesminister Faymann, mit dem Zeitungsverlag Österreich vereinbart. – Zitatende.

Also nicht koordiniert, nicht angebahnt, sondern wieder **vereinbart**, also ein Hinweis auf ein rechtsgültiges Rechtsgeschäft zwischen Kabinett Faymann, Verlag Österreich, auf Kosten von ASFINAG. Die Inhalte werden mit der ASFINAG Unternehmenskommunikation koordiniert.

Was für mich in diesem Zusammenhang wichtig ist – das ist meine letzte Frage an Sie in diesem Zusammenhang –, ist: Durch alle Aktenvermerke, über viele Monate, zu Ihrer Zeit, zur Zeit Ihres Nachfolgers Kotlowski, immer wieder zieht sich durch „Medienkooperation“, und daneben steht immer ein Satz, immer ein Wort, nämlich „vereinbart“, oder ein anderes Wort: „abgeschlossen“. Es steht nie „koordiniert“, nie „umgesetzt“, sondern immer „vereinbart“ und „abgeschlossen“.

Ein Ziel dieser Befragung und – für mich – der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses ist es, herauszufinden: Wer hat entweder selbst oder in wessen Auftrag diese Rechtsgeschäfte auf Kosten der ASFINAG beziehungsweise der ÖBB – dazu kommen wir zumindest morgen – abgeschlossen?

Wir haben da immer wieder – ich will Ihnen sagen, warum ich Sie immer wieder in verschiedenen Varianten und aus verschiedenen Aktenvermerken genau das frage –, wir haben immer wieder: Das Kabinett hat eine Vereinbarung mit „ÖSTERREICH“ abgeschlossen. Ich kann mir persönlich nicht vorstellen, dass ein Mitarbeiter des Kabinetts ohne Auftrag des Ministers oder zumindest seines Kabinettschefs irgendetwas beauftragt und abschließt. Wir können aber aufgrund der Vorstandsprotokolle der ASFINAG komplett ausschließen, dass die ASFINAG Rechtsgeschäfte abgeschlossen hat. Sie sind eindeutig vom Kabinett mit dem „Verlag ÖSTERREICH“ abgeschlossen worden.

Deswegen frage ich Sie abschließend, da das von der Aktenlage her mehr als eindeutig ist: Ist Ihnen bekannt und wissen Sie, dass Bundesminister Faymann im Jahr 2007 entweder selbst oder über Mitarbeiter seines Kabinetts mit der Zeitung „ÖSTERREICH“, aber auch mit anderen direkt Inseratengeschäfte auf Kosten der ASFINAG abgeschlossen hat?

**Thomas Landgraf:** Das ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das ausschließen?

**Thomas Landgraf:** Keine Wahrnehmung dazu. (Abg. Dr. **Pilz:** Danke!)

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz:** Es war noch vereinbart, dass Kollege Amon eine Zusatzfrage hätte. (*Abg. Amon: Keine Zusatzfrage mehr!*)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Walter Rosenkranz** dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der ***Auskunftsperson Thomas Landgraf***, verabschiedet diese – und leitet sodann zum ***nichtöffentlichen Teil*** der Sitzung über.

17.32

\*\*\*\*\*

(Die ***medienöffentliche Sitzung*** wird um 17.32 Uhr ***unterbrochen*** und um 17.35 Uhr unter ***Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen***. – Fortsetzung 17.35 Uhr bis 17.43 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – ***nichtöffentlich; gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.***)

\*\*\*\*\*